

**Jahrespressekonferenz 2010**  
**Entschlossen handeln**  
**Wachstumschancen nutzen**

Berlin, den 10. März 2010

# INHALTSVERZEICHNIS

<b><u>1 Wirtschaftliche Ausgangslage</u></b>	<b>4</b>
<b>1.1 Konjunkturelle Erholung in Sichtweite</b>	<b>4</b>
1.1.1 Industrie als Wachstumsmotor	4
1.1.2 Krisenbetroffenheit der Region	5
1.1.3 Konjunkturpaket II: Wichtige Investitionen in Bildung und Infrastruktur	6
1.1.4 Wachstumschancen dürfen nicht an der Finanzierung scheitern	7
1.1.5 Europäische Strukturfonds wichtig für Region	8
<b>1.2 Entwicklung der Industrie in der Region</b>	<b>9</b>
1.2.1 Entwicklung in Berlin	9
1.2.2 Entwicklung in Brandenburg	9
<b>1.3 Positive Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit</b>	<b>11</b>
1.3.1 Region am geringsten von Kurzarbeit betroffen	14
<b>1.4 Landespolitik Berlin – Rahmenbedingungen wirtschaftsfreundlich gestalten</b>	<b>15</b>
1.4.1 Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz mangelhaft	15
1.4.2 Haushaltssituation in Berlin – wieder steigende Schulden	16
<b>1.5 Landespolitik Brandenburg – Kurs halten</b>	<b>17</b>
1.5.1 Haushaltsplan – Neuverschuldung zurückführen	18
1.5.2 Öffentlichen Beschäftigungssektor klar abgrenzen	19
1.5.3 Arbeitnehmerfreizügigkeit bedarf einer Zuzugsstrategie	20
<b><u>2 Aktuelle Branchenumfrage der UVB – Vorsichtiger Optimismus bei weiterhin hoher Unsicherheit der Märkte</u></b>	<b>22</b>
2.1 Leichte Erholung bei den Auftragseingängen	22
2.2 Zuversicht bei den Umsatzerlösen im Jahr 2010	22
2.3 Betriebe wollen Fachkräfte halten	22
2.4 Neuer Investitionsschub ist noch nicht in Sicht	22
2.5 Schlussfolgerungen im Spiegel der bundesweiten Branchentrends	23
<b><u>3 Wachstumschancen nutzen – Wachstumspotentiale verbessern</u></b>	<b>26</b>
<b>3.1 Schlüsselbranche Industrie</b>	<b>26</b>
3.1.1 Green Economy – Wachstumsfaktor und Innovationsmotor	27
3.1.2 Klimaschutzgesetz – differenzierte Behandlung der Industrie notwendig	28
3.1.3 Innovationspolitik – Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft	29

<b>3.2 Fachkräftesicherung durch Investitionen in Bildungsinfrastruktur</b>	<b>31</b>
3.2.1 Demographiemangement richtige Antwort	31
3.2.2 MINT mit herausragender Bedeutung	31
3.2.3 Schulstrukturreform richtig umsetzen	32
3.2.4 Bewerberrückgang für Berufsausbildungen	33
3.2.5 Der Masterplan „Wissenschaft“	34
3.2.6 Betriebliche Weiterbildung ausbauen	35
3.2.7 Potentiale durch Integration und Zuwanderung nutzen	35
<b>3.3 Sozialpolitische Bausteine einer demographiefesten Personalpolitik</b>	<b>36</b>
3.3.1 Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit durch Betriebliches Gesundheitsmanagement	36
3.3.2 Qualifizierte Frauen durch familiengerechte Arbeit gewinnen und binden	37
<b>3.4 Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg</b>	<b>37</b>
3.4.1 Begrenzung regionaler Gesundheitskosten bleibt wichtig	37
3.4.2 Start der AOK Berlin-Brandenburg zum 1. Januar 2010	38
3.4.3 Krankenhausplanung 2010 bis 2015 für Strukturveränderungen nutzen	38
<b>3.5 Mobilitätsregion Berlin-Brandenburg</b>	<b>39</b>
3.5.1 Weiterbau der A 100 erforderlich	40
3.5.2 Flughafen BBI gut vorangekommen	41
3.5.3 Nachnutzung des Flughafen Tegel als Industriefläche	42
<b>3.6 Energiepolitik für Berlin-Brandenburg</b>	<b>43</b>
3.6.1 Solarenergie – maßvolle Absenkung der EE-Fördersätze	43
3.6.2 CCS-Technologie Chance für Region	41

## **1 Wirtschaftliche Ausgangslage**

Die Berliner und Brandenburgischen Unternehmen blicken auf ein Jahr der besonderen Herausforderungen zurück. Die großen Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzmarktkrise haben auch vor unserer Region nicht halt gemacht – wenn auch mit unterschiedlicher Betroffenheit zwischen den Branchen. Erfreulich ist, dass sich die regionalen Unternehmen vergleichsweise robust und widerstandsfähig gezeigt haben. Nach dem schweren Einbruch im Jahr 2008 kam es im Laufe des Jahres 2009 zu einer allmählichen Stabilisierung auf niedrigem Niveau.

Zum Jahresbeginn 2010 scheint zumindest der Tiefpunkt der schwersten weltweiten Rezession seit dem zweiten Weltkrieg durchschritten. Erste Erholungstendenzen werden vermeldet, müssen aber stets vor dem Hintergrund des Basiseffekts, also vom niedrigeren Niveau aus bewertet werden.

Die Auswirkungen der Krise werden daher nicht nur das Jahr 2009 beherrscht haben, sondern auch in den nächsten Jahren noch die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und in unserer Region beeinflussen. Es ist davon auszugehen, dass selbst bei günstigem Verlauf die hiesige Wirtschaft erst in den nächsten Jahren wieder das Niveau der Industrieproduktion aus der Konjunkturspitze 2008 erreichen kann. Insoweit fällt das Urteil eindeutig aus: 2010 bleibt ein schwieriges Jahr.

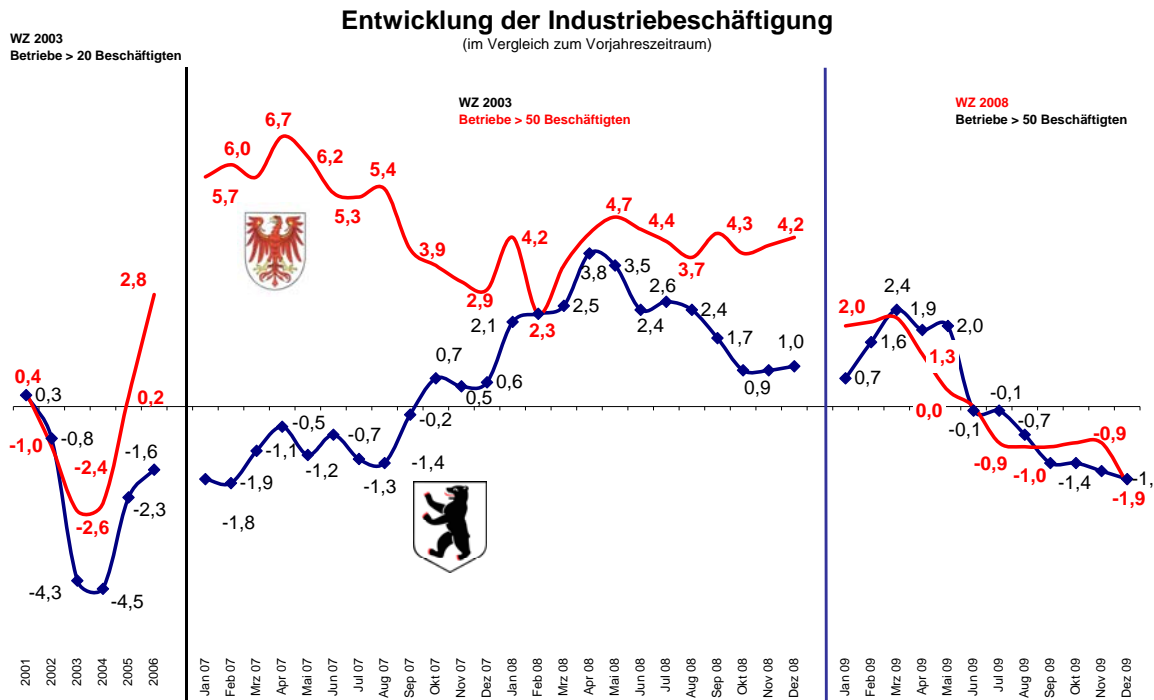
### **1.1 Konjunkturelle Erholung in Sichtweite**

Einige Indikatoren deuten seit dem Herbst 2009 auf eine konjunkturelle Erholung hin. Allerdings zeigt die Erfahrung, dass Rezessionen, die mit Banken- und Immobilienkrisen einhergingen, zumeist nur langsam überwunden wurden. Daher rechnen Wirtschaftsexperten im Jahr 2010 eher mit einer mäßigen konjunkturellen Dynamik weltweit, denn die Probleme im internationalen Finanzsystem sind noch nicht überwunden. Der konjunkturelle Tiefpunkt lag im April 2009, als die Industrieproduktion in Deutschland um rund 30% unter das Niveau des Vorjahres sackte. Mit – 5,0% war der Rückgang des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) so stark wie noch nie in der Nachkriegszeit (Quelle: DESTATIS). Für das Jahr 2010 rechnen Experten mit einem Wirtschaftswachstum von 1,5% bis 2%. Die Zahl der Arbeitslosen wird im Jahresdurchschnitt 2010 voraussichtlich auf 4,1 Mio. steigen. Die Exporte dürften im Jahr 2010 um 6,1% zulegen. Insgesamt wird der private Konsum 2010 um 0,2% sinken, wobei die Inflationsrate gleichzeitig voraussichtlich 0,6% betragen wird, nach 0,3% im Jahr 2009 (Quelle: ifo).

#### **1.1.1 Industrie als Wachstumsmotor**

Das Verarbeitende Gewerbe ist das Kernstück des wirtschaftlichen Wachstums in der Region Berlin-Brandenburg. Zur Zeit arbeiten in der Region knapp 200.000 Industriebeschäftigte (in Betrieben mit über 20 Beschäftigten) in einem breiten Branchenmix, darunter die Metall- und Elektroindustrie mit den Bereichen Automotive, Maschinenbau, Elektrotechnik, Photovoltaik, Medizintechnik, Fahrzeugbau, Luftfahrtindustrie und Verkehrstechnik. Zu den bedeutenden Branchen in der Region zählen weiterhin die Gesundheitswirtschaft, Ernährungsindustrie sowie die Chemie- und Pharmaindustrie.

## Entwicklung der Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe in Berlin und Brandenburg (Betriebe mit über 50 Beschäftigten, Veränderung zum Vorjahr in %)



Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Berechnungen UVB

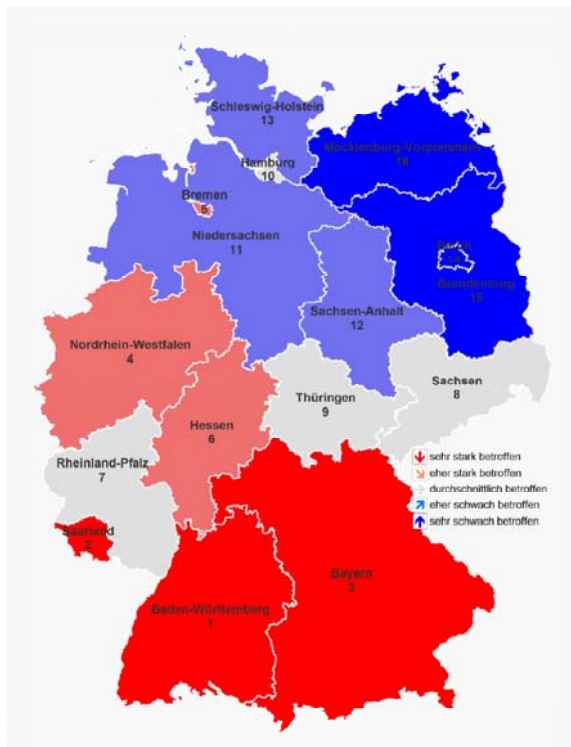
### 1.1.2 Krisenbetroffenheit der Region

Die Länder Berlin und Brandenburg sind weniger stark von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen als z.B. die südlichen Bundesländer. Das zeigen die Entwicklung des realen BIP und der Krisenbetroffenheitsindex des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln (IW). Am stärksten betroffen von den Auswirkungen der Krise sind vor allem die Bundesländer mit einem hohen Anteil exportabhängiger Industrien, wie z.B. Automobil-, Maschinenbau- und deren Zulieferindustrie.

In der Hauptstadtregion treffen die negativen Schocks auf eine vorwiegend mittelständisch geprägte Wirtschaft, deren Branchenmix insgesamt weniger an der Weltkonjunktur hängt. Die Metall- und Elektroindustrie als Kernstück der regionalen Industrie beinhaltet auch vergleichsweise resistente Bereiche wie den Energiemaschinenbau oder die Medizintechnik. Gleiches gilt für Teile der Chemieindustrie oder die Luft- und Raumfahrttechnik. Zugleich sind in der Berliner Industrie eher konjunkturfeste Branchen wie die pharmazeutische Erzeugnisse und die Ernährungsindustrie stark aufgestellt. Die Auswirkungen in Brandenburg waren größer, weil die am stärksten betroffenen Branchen, wie z.B. die Metallerzeugung und der Fahrzeugbau, ein höheres Gewicht haben.

Aus dem Krisenbetroffenheitsindex dürfen jedoch keine falschen Rückschlüsse gezogen werden. Die Wachstumschancen der Wirtschaftsregion Berlin-Brandenburg sind nach wie vor von einer nachhaltigen, wachstumsorientierten und innovationsfördernden Wirtschaftspolitik abhängig. Die Nutzung der Wachstumspotentiale der Industriestandorte sind dafür von entscheidender Bedeutung.

## Krisenbetroffenheit nach Regionen



Quelle: IW-Consult

### 1.1.3 Konjunkturpaket II: Wichtige Investitionen in Bildung und Infrastruktur

Um die Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise abzufedern hat die Bundesregierung Anfang 2009 ein Konjunkturpaket II im Umfang von 10 Mrd. Euro verabschiedet. Die Länder tragen zur Inanspruchnahme 25% Kofinanzierung bei. Für Berlin stehen aus dem Konjunkturpaket II insgesamt bis zu 632 Mio. Euro und für Brandenburg bis zu 457 Mio. Euro bereit. Diese Mittel können bis Ende 2010 zweckgebunden für Investitionen in Bildung (65%) und Infrastruktur (35%) eingesetzt werden.

Eine umfassende Investition der Mittel aus dem Konjunkturpaket II bietet die Chance für eine konjunkturstabilisierende Wirkung, zugleich können einige dringend erforderliche Investitionen in Bildung und Infrastruktur vorgezogen und der vor allem in Berlin bestehende Investitionsstau zumindest teilweise abgearbeitet werden.

Die UVB hat sich deshalb frühzeitig und kontinuierlich dafür eingesetzt, dass die Mittel aus dem Konjunkturpaket II sachgerecht, zügig und umfassend eingesetzt werden und Unternehmen aus unserer Region zu Gute kommen. Nur dann können diese Mittel eine regionale Wirkung entfalten. In Berlin hat die UVB hierzu ein regelmäßiges Monitoring mit den Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung und Bildung, Wissenschaft, Forschung sowie Mitgliedsverbänden, Innungen und Kammern initiiert, das auch 2010 fortgesetzt wird. Vorbild für das Monitoring bei der Umsetzung des Konjunkturpaketes II sollte das Großprojekt Flughafen BBI sein, bei dem die Wirtschaft von Beginn an auf vielfältige Weise miteinbezogen wurde und das Ergebnis überzeugt.

Mit einem großen Teil der Maßnahmen wurde in Berlin und Brandenburg inzwischen begonnen, vor allem wurden notwendige Planungsarbeiten vorangetrieben. Viele

dieser Planungen sind inzwischen abgeschlossen, so dass die Vergabe der Aufträge eingeleitet oder durchgeführt ist. In Brandenburg sind nach Angaben des Finanzministeriums bis Februar 2010 rund drei Viertel der Mittel konkret verplant, bei an Kommunen zugewiesenen Pauschalmitteln rund 87 Prozent. In Berlin waren bis zum Jahreswechsel 2010 nach Angaben der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung bereits rund die Hälfte aller Aufträge an Unternehmen vergeben.

Fast alle Einzelmaßnahmen liegen unterhalb des EU-Schwellenwertes von 5 Mio. Euro und müssen somit nicht EU-weit ausgeschrieben werden. Durch die Anhebung der Wertgrenzen bei der öffentlichen Auftragsvergabe wurden zudem wesentliche Voraussetzungen geschaffen, damit die Konjunkturpaketmittel vorrangig Unternehmen aus der Region zu Gute kommen können. Im Frühjahr 2009 wurden für Bauleistungen die Wertgrenzen für die „Beschränkte Ausschreibung“ von 100.000 Euro auf 1 Mio. Euro und für die „Feihändige Vergabe“ von 5.000 Euro auf 100.000 Euro heraufgesetzt. Da die Einzelmaßnahmen des Konjunkturpaket II in den Ländern Berlin und Brandenburg weitestgehend unterhalb von 1 Mio. Euro liegen, kann zügiger ohne öffentliche Ausschreibung vergeben werden.

Bereits Anfang 2009 hat die UVB gefordert, dass es mit dem Auslaufen des Konjunkturpaketes II im Jahr 2011 nicht zu einem abrupten Einbruch und erneuten Aufbau des Investitionsstaus kommen darf. Eine langfristige Verstetigung der Investitionen für eine nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Zukunftsfähigkeit der Region bleibt notwendig.

Insbesondere in Berlin sind auch über das Konjunkturpaket II hinaus erhebliche Investitionen vor allem in die Bildungsinfrastruktur erforderlich. Dabei sollte ein breites Verständnis leiten, dass neben baulichen Maßnahmen auch auf weitere Qualitätsverbesserungen des Unterrichts abzielt und dementsprechend sowohl in Personal, seine Qualifizierung und auch in Lehrmittel investiert. In Brandenburg bleiben die Auswirkungen des demographischen Wandels und die Entwicklung der peripheren Regionen wichtige Herausforderungen.

Geeignetes Mittel zur Verstetigung der Investitionen in Bildung und Infrastruktur bleibt nach Auffassung der UVB ein langfristig orientiertes Zukunftsinvestitionsprogramm. Dieses sollte für Berlin in einem Zeitraum von 10 Jahren ein Volumen von insgesamt zwei Milliarden Euro beinhalten, für Brandenburg in Verstetigung des gegenwärtigen Anteils der Kofinanzierung am Konjunkturpaket II rund 570 Mio. Euro, die zusätzlich zweckgebunden für Investitionen in Bildung und Infrastruktur fest einzuplanen und auszugeben wären. Die Mittel hierfür sollten aus dem Solidarpakt II, der noch bis Ende 2019 läuft, bereit gestellt werden. Damit könnte der bestehende Investitionsstau in diesen Bereichen aufgelöst, mehr Nachhaltigkeit der Investitionen aus dem Konjunkturpaket sichergestellt und Fehler der Vergangenheit, bereitstehende Gelder ohne verbindlichen Verwendungszweck ausgeben zu können, nicht wiederholt.

#### **1.1.4 Wachstumschancen dürfen nicht an der Finanzierung scheitern**

Die Berliner und Brandenburger Unternehmen haben die große Sorge, dass sich die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen in diesem Jahr auf breiter Front weiter verschlechtern werden. Insbesondere der hohe Abschreibungs- und Wertberichtigungsbedarf auf Kredite und Wertpapiere belastet die Eigenkapitaldecke

der Banken und damit den Spielraum für Neukredite an Unternehmen. Zudem werden neue Eigenmittelanforderungen die Handlungsspielräume der Banken, die Wirtschaft mit Finanzmitteln zu versorgen, weiter einschränken. Dies könnte eine spürbare Belastung der Aufschwungsdynamik zur Folge haben.

Dem muss frühzeitig entgegengewirkt werden. Die Wirtschaft sieht zuallererst die Banken in der Verantwortung. Wie die aktuelle Branchenumfrage der UVB zeigt, liegt zwar keine allgemeine Kreditklemme vor, aber die Schere zwischen Kreditangebot der Banken und Finanzierungsbedarf der Unternehmen öffnet sich weiter, und das in einer Phase der konjunkturellen Erholung. Das ist eine der großen wirtschaftspolitischen Herausforderungen für das Jahr 2010.

Die UVB erwartet deshalb mit Nachdruck insbesondere von der Kreditwirtschaft, die richtigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Finanzierung der regionalen Wirtschaft nachhaltig zu sichern, denn kein im Kern wirtschaftlich gesundes und gut aufgestelltes Unternehmen, darf wegen fehlender Kreditzusagen in Existenznot geraten. Es muss sichergestellt werden, dass Betriebe nicht mit überzogenen Auflagen in ihrem Wachstum gebremst werden. Viele Unternehmen haben die vorangegangenen Jahre nutzen können, um ihre Eigenkapitaldecke auszubauen. Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise wurde dieses Kapital jedoch ausgedünnt.

Die UVB wird Förderinstrumente und Unterstützungsleistungen für Unternehmen in Berlin und Brandenburg im Forum Unternehmensfinanzierung am 25. März 2010 thematisieren. Das Forum Unternehmensfinanzierung 2010 hat das Thema: „Investitionen als Erfolgsfaktor! Aktuelle Unternehmensfinanzierung in Berlin und Brandenburg im Fokus“. Partner in diesem Jahr sind die Investitionsbank Berlin (IBB), Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB), Berliner Volksbank und die Deutsche Bundesbank. Gerade in der aktuellen konjunkturellen Erholungsphase muss der Zugang zu Förderprogrammen erleichtert werden. Das gilt insbesondere für Programme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die von den Hausbanken aufgrund von Rendite- und Risikoabwägungen nicht immer durchgeleitet werden.

Die Investitionsbank Berlin hat mit dem IBB-Wachstumsprogramm - Kooperationsdarlehen für den Mittelstand auf die Krise richtig reagiert. Über das Programm IBB-Wachstum sind jetzt neben Investitionsfinanzierungen auch Um-, Anschluss-, Betriebsmittel- und Auftragsvorfinanzierungen in Zusammenarbeit mit der Geschäftsbank möglich. Diese sogenannten Kooperationsfinanzierungen sind das richtige Mittel, damit die Unternehmen ihre Wachstumschancen wahrnehmen können.

### **1.1.5 Europäische Strukturfonds wichtig für Region**

Von besonderer Bedeutung für die neuen Bundesländer sind neben dem Solidarpakt II die Europäischen Strukturfonds. Allein in der laufenden Periode 2007 bis 2013 stehen für Berlin bis zu rund 1,2 Mrd. Euro und für Brandenburg bis zu rund 2,1 Mrd. Euro an Mitteln zur Verfügung. Mit Beginn der Förderperiode wurde die EU-Strukturpolitik neu ausgerichtet: Zwar bleibt die Strukturpolitik weiterhin auf die bedürftigsten Regionen konzentriert, gleichwohl sollen die zur Verfügung stehenden Mittel stärker als in der vorherigen Förderperiode Wachstum und Beschäftigung in den Regionen unterstützen und somit zur Zielsetzung der Lissabonstrategie beitragen. Viele Förderungen wären ohne die Strukturfonds-Mittel, wie Europäische

Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und Europäische Sozialfonds (ESF), nicht möglich, da die Landesmittel dafür nicht ausreichen.

Die Strukturfondsmittel sind eine zentrale Stütze für die Umsetzung einer zukunftsorientierten und nachhaltigen Strukturpolitik in Berlin und Brandenburg. Aus ihnen können Förderprogramme finanziert werden, wie z.B. „Neue Märkte erschließen“, Programm zur Förderung von Forschung, Innovationen und Technologien (ProFIT) sowie Programme zur Identifizierung des Europäischen Qualifikationsrahmens (Initiative der Europäischen Union, der berufliche Qualifikationen und Kompetenzen in Europa vergleichbarer machen soll).

Die Kommission und Mitgliedstaaten haben bereits zur laufenden Förderperiode die Diskussion über die Zukunft der EU-Strukturfonds für die Periode ab 2014 aufgenommen. Das bedeutet: Die Weichen für die europäische Struktur- und Kohäsionspolitik ab 2014 bis 2020 werden in Brüssel in diesem und im kommenden Jahr gestellt. Somit müssen die Länder Berlin und Brandenburg sich frühzeitig um eine Anschlussregelung nach 2013 kümmern. Die UVB begrüßt die enge Zusammenarbeit der Wirtschaftsressorts der Länder Berlin und Brandenburg auf europäischer Ebene.

## **1.2 Entwicklung der Industrie in der Region**

Trotz deutlicher Umsatzrückgänge in der Region (Berlin -7,2%, Brandenburg -9,8%) haben die Industrieunternehmen ihre Beschäftigtenzahlen weitestgehend stabil gehalten (Berlin -0,5%, Brandenburg +0,1%).

### **1.2.1 Entwicklung in Berlin**

Von Januar bis Dezember 2009 verringerten sich die Umsätze in der Industrie gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 7,2% auf 21,2 Mrd. Euro. Die Auslandsumsätze verringerten sich nach ersten Berechnungen um 5,1%. Die Beschäftigung nahm im Durchschnitt des Jahres 2009 um 0,5% gegenüber dem Vorjahr ab. Im Jahresdurchschnitt für 2009 ging im Vergleich zum Jahr 2008 das Auftragsvolumen in Berlin um 10,9% zurück. Für die Inlandsnachfrage entstand in 2009 ein Auftragsminus von 20,0%, von dem der Maschinenbau mit einem Rückgang von 44,5% am stärksten betroffen war.

Seit Dezember 2009 nimmt die Ordertätigkeit wieder zu. Das preisbereinigte Auftragsvolumen der Berliner Industriebetriebe lag um 22,9% über dem vergleichbaren Vorjahresmonat. Zurückzuführen ist dieses Auftragsplus zu großen Teilen auf einzelne Großaufträge im Fahrzeugbau, die zu einer Zunahme der Auftragseingänge aus dem Inland von 33,1% im Vergleich zum Vorjahr geführt haben. Auch die Nachfrage aus dem Ausland konnte um 14,5% zulegen.

### **1.2.2 Entwicklung in Brandenburg**

Nach vorläufigen Berechnungen der UVB erwirtschaftete die Brandenburger Industrie gegenüber 2008 mit einem Ergebnis von knapp 17,7 Mrd. Euro ein Umsatzminus von rund 10%. Dazu beigetragen hat das rückläufige Auslandsgeschäft (-13,7%). Die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten blieb stabil (+71 Personen oder

## Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes in Berlin und Brandenburg

Berlin	Jahr 2009					
	Betriebe	Veränderung absolut	Beschäftigte	Veränderung in %	Umsatz in 1.000 Euro	Veränderung im Vergleich zum Vorjahr in %
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>328</b>	<b>4</b>	<b>76.993</b>	<b>-0,5</b>	<b>21.199.289</b>	<b>-7,2</b>
<b>Metall- und Elektroindustrie</b>	<b>194</b>	<b>2</b>	<b>48.340</b>	<b>-0,3</b>	<b>8.462.915</b>	<b>-15,3</b>
H.v. Nahrungs- und Futtermitteln	38	-1	6.866	-0,8	2.470.244	-10,3
Getränkeherstellung	4	0	1.231	-2,8	280.259	-4,7
H.v. Papier, Pappe und Waren daraus	21	0	992	-6,5	288.623	1,6
H.v. Druckerzeugnissen; Vervielfältigung v. bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	21	-1	3.586	11,1	615.645	10,6
H.v. chemischen Erzeugnissen	16	0	2.017	-0,5	424.123	-2,9
H.v. pharmazeutischen Erzeugnissen	16	2	9.072	-2,4	424.123	6,9
H.v. Gummi- und Kunststoffwaren	14	1	2.111	-3,3	431.952	-24,2
Metallerzeugung und -bearbeitung	13	0	1.310	-4,7	339.416	-37,5
H.v. Metallerzeugnissen	28	1	4.585	-3,8	821.839	-13,1
H.v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	45	0	8.990	7,1	1.868.061	-6,6
H.v. elektrischen Ausrüstungen	26	-1	12.820	-2,5	1.345.713	-12,9
Maschinenbau	35	1	7.570	-1,0	1.806.330	-19,8
H.v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	4	-1	3.557	-6,0	246.357	-45,5
Sonstiger Fahrzeugbau	4	0	2.880	-1,1	•	•
H.v. sonstigen Waren	17	1	2.776	2,4	423.254	-7,4
Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	23	0	3.786	1,0	560.104	-1,7
<b>Vorleistungsgüterproduzenten</b>	<b>114</b>	<b>0</b>	<b>23.728</b>	<b>-3,4</b>	<b>3.578.317</b>	<b>-16,8</b>
<b>Investitionsgüterproduzenten</b>	<b>114</b>	<b>3</b>	<b>25.513</b>	<b>2,6</b>	<b>4.692.040</b>	<b>-15,0</b>
<b>Verbrauchsgüterproduzenten</b>	<b>93</b>	<b>0</b>	<b>24.171</b>	<b>-0,4</b>	<b>11.808.561</b>	<b>0,4</b>

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Berechnungen UVB

Brandenburg	Jahr 2009					
	Betriebe	Veränderung absolut	Beschäftigte	Veränderung in %	Umsatz in 1.000 Euro	Veränderung im Vergleich zum Vorjahr in % (Dreimonatsdurchschnitt)
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>416</b>	<b>7</b>	<b>73.006</b>	<b>0,1</b>	<b>17.671.526</b>	<b>-9,8</b>
<b>Metall- und Elektroindustrie</b>	<b>203</b>	<b>9</b>	<b>34.751</b>	<b>2,2</b>	<b>5.724.992</b>	<b>-10,4</b>
H.v. Nahrungs- und Futtermitteln	63	1	8.416	4,0	2.230.665	-0,6
Getränkeherstellung	7	1	1.020	-8,9	388.677	-2,5
H.v. Papier, Pappe und Waren daraus	18	-1	3.404	-2,2	1.061.120	-11,4
H.v. Druckerzeugnissen; Vervielfältigung v. bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	6	0	498	6,6	55.210	16,2
H.v. chemischen Erzeugnissen	16	19	3.965	-6,4	1.255.587	-31,6
H.v. pharmazeutischen Erzeugnissen	2	2	-	-	-	-
H.v. Gummi- und Kunststoffwaren	34	3	4.280	1,1	906.836	-5,9
Metallerzeugung und -bearbeitung	10	1	4.955	-4,4	1.343.136	-24,7
H.v. Metallerzeugnissen	59	5	6.111	4,5	804.963	-6,5
H.v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	18	2	2.697	25,6	847.604	38,0
H.v. elektrischen Ausrüstungen	21	0	2.897	2,1	820.936	-5,9
Maschinenbau	29	1	4.477	-1,9	488.364	-21,8
H.v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	18	1	5.690	-6,9	672.271	-26,2
Sonstiger Fahrzeugbau	5	0	3.788	3,7	1.098.292	-23,4
H.v. sonstigen Waren	10	1	1.751	5,9	142.496	11,7
Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	37	0	6.574	4,1	754.885	0,6
<b>Vorleistungsgüterproduzenten</b>	<b>192</b>	<b>-</b>	<b>29.754</b>	<b>-</b>	<b>7.843.074</b>	<b>-</b>
<b>Investitionsgüterproduzenten</b>	<b>132</b>	<b>-</b>	<b>25.874</b>	<b>-</b>	<b>3.763.555</b>	<b>-</b>
<b>Verbrauchsgüterproduzenten</b>	<b>80</b>	<b>-</b>	<b>10.957</b>	<b>-</b>	<b>2.707.561</b>	<b>-</b>

„-“ = Berechnung aufgrund von Geheimhaltung nicht möglich

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Berechnungen UVB

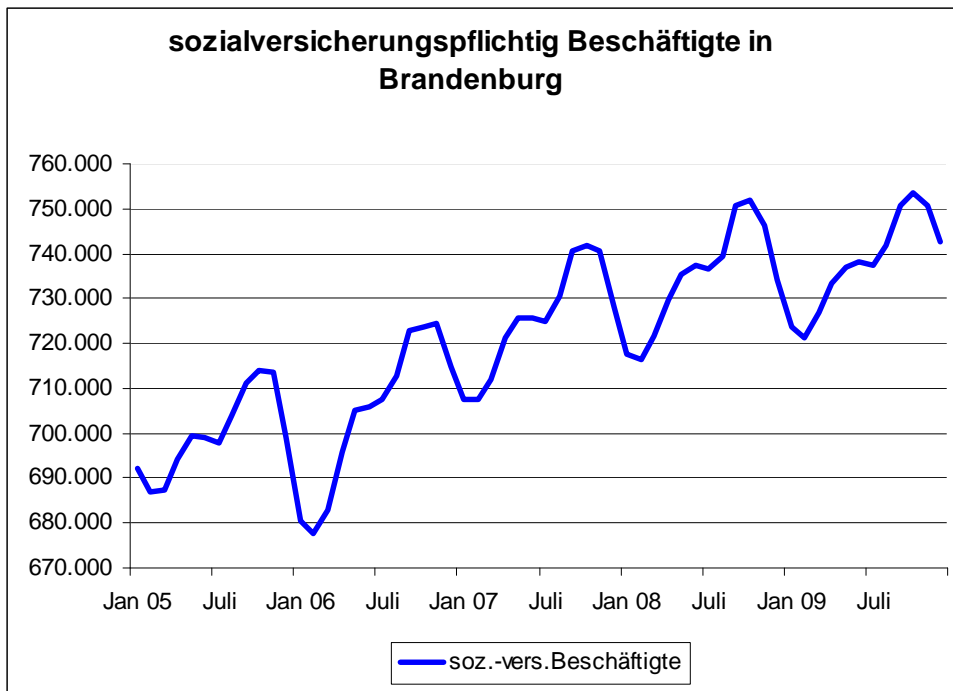
+0,1%). Umsatzverluste meldeten alle bedeutenden Industriebranchen. So betragen die Minusraten bei den Nahrungsmittelherstellern 0,6%. Deutlich höher lagen die Einbußen bei den Herstellern von Papier, Pappe und Waren daraus (-11,4%), dem sonstigen Fahrzeugbau (-23,4%), den metallerzeugenden/-bearbeitenden Betrieben (-24,7%) und bei den Herstellern von chemischen Erzeugnissen (-31,6%).

Die Industrie in Brandenburg musste im Jahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr 7,8% weniger Aufträge verbuchen. Diese Entwicklung ist vor allem auf die gesunkene Auslandsnachfrage zurückzuführen (-37,4%). Unter den größten Branchen in Brandenburg hatte der Maschinenbau mit einem Minus von 42,2% im Vergleich zum Vorjahr den größten Auftragsrückgang zu verzeichnen.

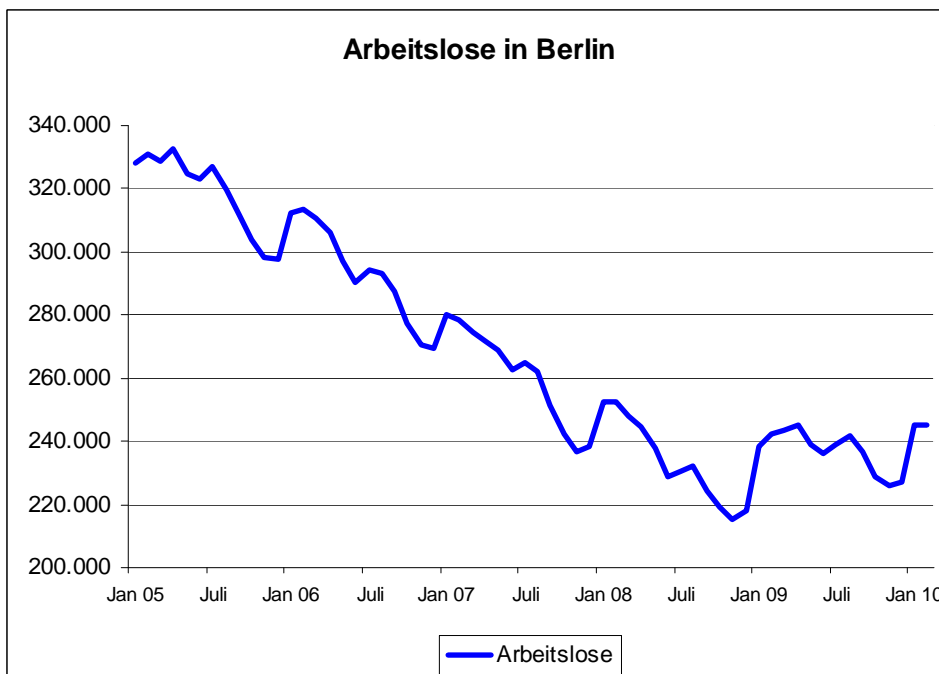
### 1.3 Positive Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

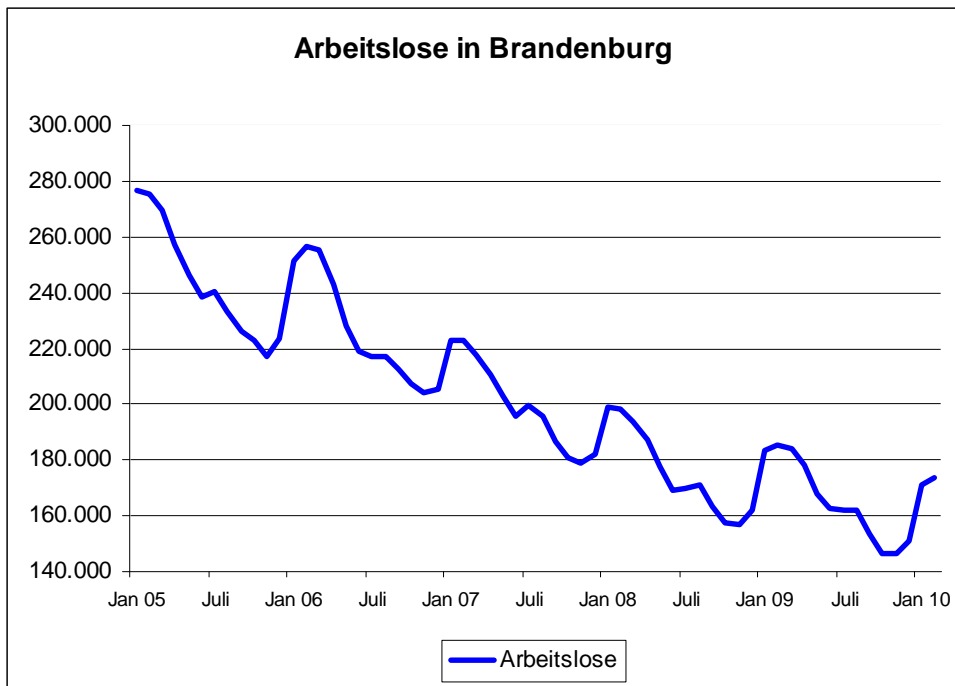
Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat sich in Berlin und in Brandenburg positiv entwickelt. Von Januar 2005 bis Dezember 2009 hat die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Berlin um 96.533 Personen oder um 9,4% zugenommen, in Brandenburg hat sie um 50.361 oder um 7,3% zugenommen.



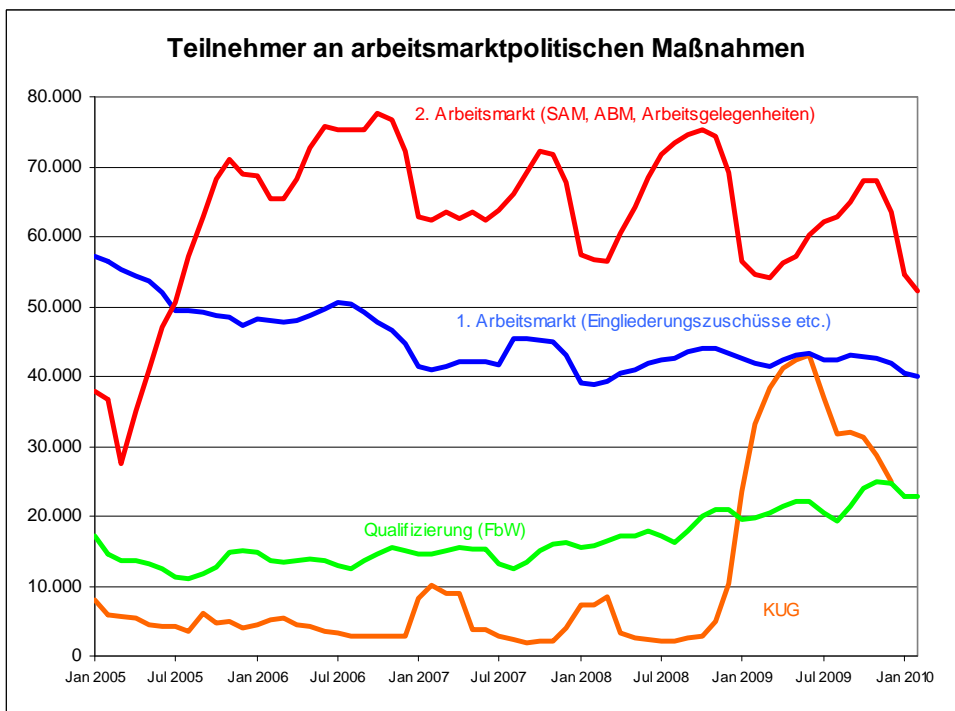


Die Zunahme bei Teilzeitbeschäftigten ist höher als bei Vollzeitbeschäftigten, aber auch die Zahl der Vollzeitbeschäftigten ist in Berlin von März 2005 bis Juni 2009 um 4,8% gestiegen, in Brandenburg um 3,1%. Entsprechend ist die Zahl der Arbeitslosen gesunken. In Berlin von Januar 2005 bis Februar 2010 um 82.946 oder um 25,3%, in Brandenburg um 102.721 oder um 37,1%.





Entsprechend sind auch die Arbeitslosenquoten (auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen) gesunken, in Berlin von 19,4 % um 4,9%punkte auf 14,5 %, in Brandenburg sogar von 20,6% um 7,6%punkte auf 13,0%. Im selben Zeitraum ist der Einsatz der Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik, also die Förderung von Arbeitslosen, nur von 168.510 Personen um 28.526 auf 197.036 Personen angestiegen.



Die Zunahme der Arbeitsmarktentlastung ist viel geringer als der Abbau der Arbeitslosigkeit. Oder anders ausgedrückt: die Arbeitslosigkeit sinkt, weil die reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, auch die Vollzeitbeschäftigung, steigt,

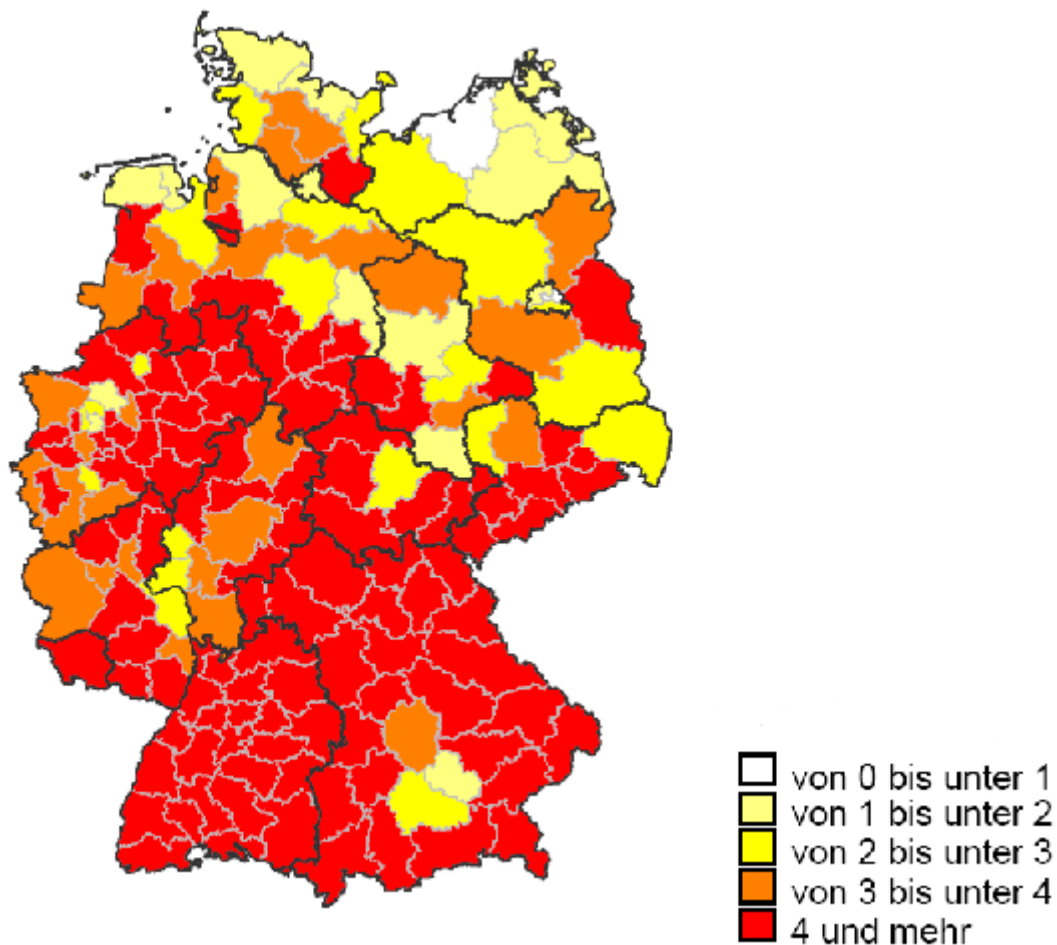
und nicht, weil mehr Arbeitslose in Maßnahmen sind. Die Unterbeschäftigung ist in unserer Region von 28,7% um 5,5%punkte auf 23,2% zurückgegangen. Insgesamt betrachtet ist die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktsituation in unserer Region nach wie vor robust und viel besser, als noch vor einem Jahr prophezeit.

### 1.3.1 Region am geringsten von Kurzarbeit betroffen

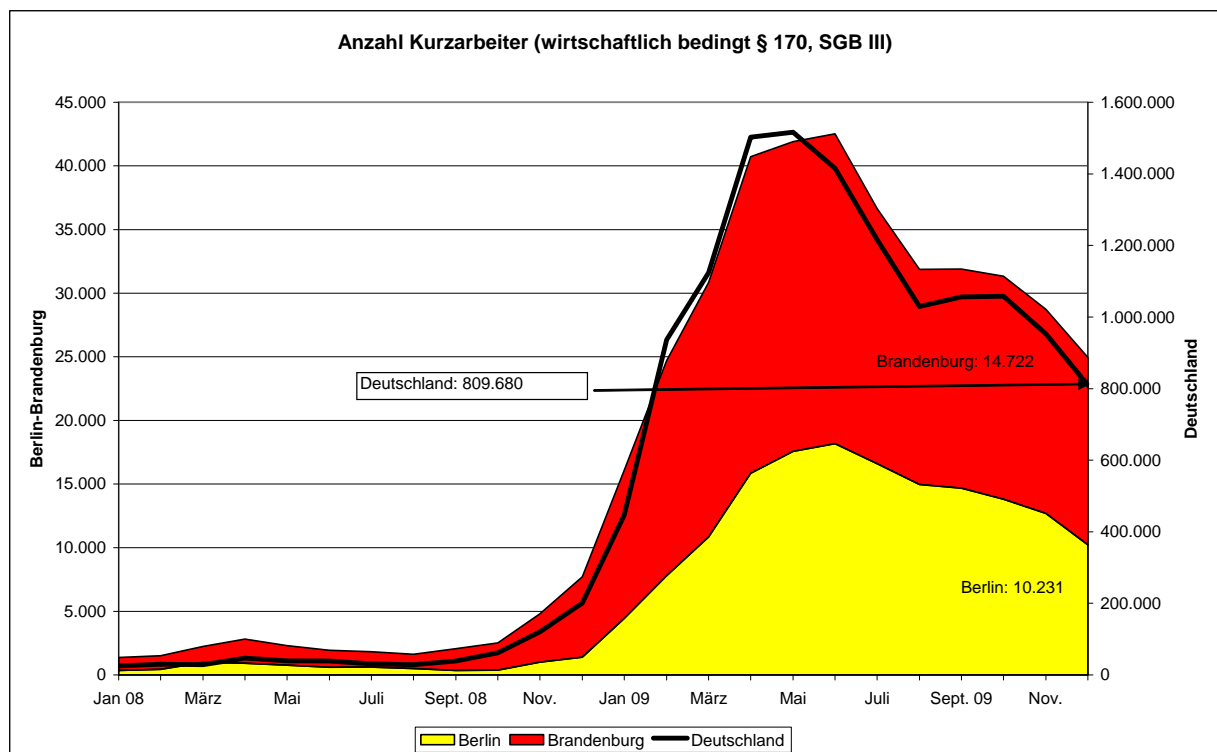
Die Region Berlin-Brandenburg ist nach Mecklenburg-Vorpommern die Region in Deutschland, die in Relation zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von Kurzarbeit am geringsten betroffen war. Dies zeigt die Deutschlandkarte vom Juni 2009, dem Monat mit den meisten Kurzarbeitern. Die Kurzarbeit ist 2009 bis zum Sommer auch in unseren beiden Ländern angestiegen (Juni 42.511), seitdem ist sie aber in Berlin-Brandenburg wieder rückläufig (Dezember 24.953).

Die Arbeitsmarktzahlen bestätigen inzwischen, dass die Berliner und Brandenburgischen Unternehmen in einem ausgesprochen schwierigen Umfeld große Anstrengungen unternommen haben, angesichts des demographischen Wandels und der Sicherung von Fachkräften alles in ihren Kräften stehende dafür zu tun, die Stammebelegschaften in den Betrieben zu halten.

#### Kurzarbeiter nach § 170, SGB III



Angaben in Prozent bezogen auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten



Möglich geworden ist dies vor allem durch eine kluge, vorausschauende und verantwortungsvolle Haltung vieler Unternehmen, mit Unterstützung der Politik (vor allem der Regelungen zur Kurzarbeit und der Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen) und schließlich auch eine konstruktive Begleitung durch Gewerkschaften und Arbeitnehmer. Für die weitere Entwicklung wird es darauf ankommen, dass die Politik in Bund und Ländern die richtigen Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung schafft.

Die Vereinbarung zur Beschäftigungssicherung läuft bis 30. Juni 2010 und beinhaltet, dass die Bundesregierung die Kurzarbeitsregelung verlängert hat – und zwar für 18 Monate, dass ein Einstieg im Dezember 2010 dazu führt, dass noch 18 Monate in Anspruch genommen werden können. Damit die Kurzarbeit ihre volle Wirkung entfaltet, ist es notwendig, dass für den gleichen Zeitraum die Sozialversicherungsbeiträge, die auf das Kurzarbeitergeld entfallen, in vollem Umfang erstattet werden. Hierzu gibt es bisher keine klare Festlegung der Bundesregierung. Darum wird die UVB darauf drängen, dass es frühestmöglich einen entsprechender Beschluss der Bundesregierung gibt.

## 1.4 Landespolitik Berlin – Rahmenbedingungen wirtschaftsfreundlich gestalten

### 1.4.1 Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz mangelhaft

Das geplante Berliner Vergabegesetz ist ein überfrachtetes Regelwerk. Das zentrale Ziel des öffentlichen Vergaberechts – die Wirtschaftlichkeit des Angebots als Maßgabe für die Auftragsvergabe – rückt beim Berliner Gesetzentwurf weitgehend in den Hintergrund. Vielmehr dominieren in erster Linie vergabefremde Aspekte den vom Senat vorgelegten Gesetzestext und erhöhen so den bürokratischen Aufwand für Unternehmen und Verwaltungen.

Das Prinzip der effizienten Verwendung von Steuergeldern wird zugunsten politischer Ziele stark beeinträchtigt. Wenn Unternehmen öffentliche Aufträge erhalten wollen müssen sie sich z.B. zu Frauenförderung und Übernahme von Auszubildenden, weitreichenden ökologischen Vorgaben und der Zahlung eines Mindestlohns von derzeit 7,50 Euro verpflichten. Solche gesetzlichen Vorgaben für den Arbeitslohn sind in einem Vergabegesetz fragwürdig, denn sie gehören zum Arbeitsrecht und fallen damit in die Gesetzgebungskompetenz des Bundes. Neben der fraglichen Gesetzgebungskompetenz des Landes Berlin ist zudem die Art der zukünftigen Festsetzung des Mindestlohns ohne Beteiligung des Parlaments und der Sozialpartner bedenklich.

Der Senat wird zur Anpassung des Mindestlohns durch bloße Rechtsverordnung ermächtigt, sofern er meint, den wirtschaftlichen oder sozialen Bedarf dafür zu sehen. Damit werden willkürlichen Erhöhungen auch gegen den Willen der Tarifvertragsparteien Tür und Tor geöffnet und damit alle Vorbehalte gegen einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn bestätigt. Die verfassungsrechtlich garantierte Tarifautonomie wird auf diese Weise unterlaufen. Die UVB lehnt das Berliner Vergabegesetz in seiner vorliegenden Form aus diesen Gründen unverändert ab.

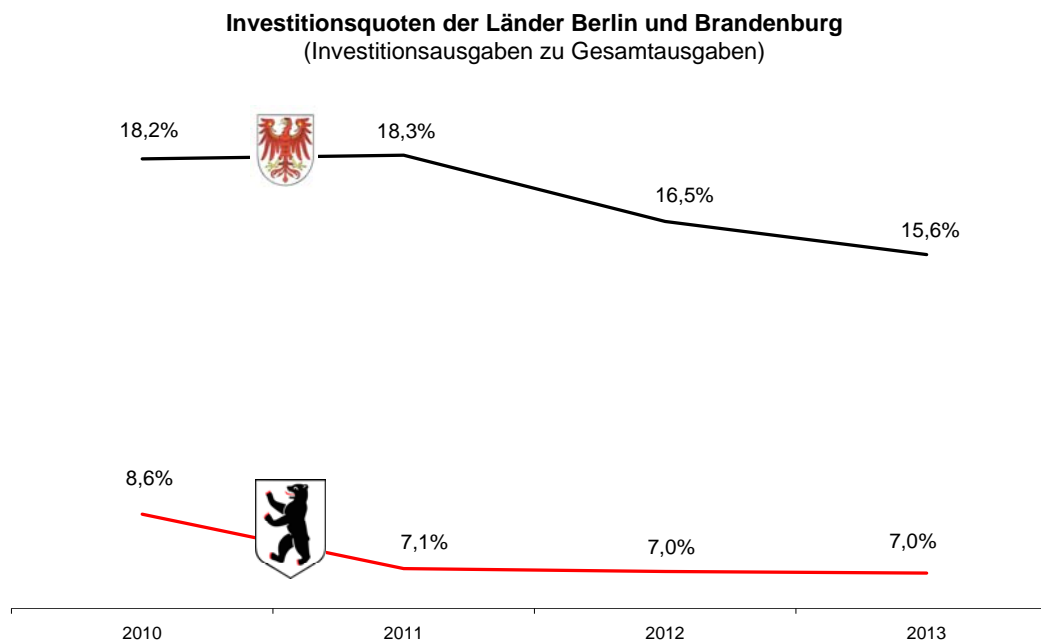
#### **1.4.2 Haushaltssituation in Berlin – wieder steigende Schulden**

In den Jahren 2007 und 2008 hat Berlin erstmals in der Geschichte des Bundeslandes Haushaltsüberschüsse erzielt. Diese waren zu erheblichen Teilen auf die gute Konjunktur zurückzuführen. Mit der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich das Blatt gewendet. Die Lage im Berliner Landeshaushalt ist kritisch. Der Berliner Landeshaushalt 2009 schloss mit einem Finanzierungsdefizit von -1.464 Mio. Euro ab. Für das Jahr 2010 wird ein Finanzierungsdefizit von -2.824 Mio. Euro erwartet. Insgesamt hat der neue Landeshaushalt Berlins 2010 ein Volumen von 22,633 Milliarden Euro. Im Jahr 2011 werden es 22,576 Milliarden Euro sein. In beiden Jahren muss das Land zusammen 5,5 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen.

Damit weisen alle Zeichen darauf hin, dass die Gesamtverschuldung in den kommenden Jahren weiter ansteigen wird. Parallel dazu gehen die Finanzmittel aus dem Solidarpakt II kontinuierlich bis 2019 zurück. Nach eigenen Angaben der Senatsverwaltung für Finanzen wird die Verschuldung Berlins von aktuell 60,7 Mrd. Euro auf 70,2 Mrd. Euro im Jahr 2013 steigen. Dieses wird die notwendigen Handlungsspielräume weiter einengen. Die Lösung dieser Herausforderung ist insbesondere auf der Ausgabenseite zu suchen, wo der Berliner Haushalt ein strukturelles Problem hat, insbesondere bei den konsumtiven Primärausgaben. Dazu zählen sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für laufende Zuschüsse und Zuweisungen. Der Anteil der konsumtiven Ausgaben an den Primärausgaben betrug nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin 55%. Rund 82% der konsumtiven Ausgaben entfallen auf laufende Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) sowie auf Schuldenhilfe. Der Anstieg der Sozialhilfeempfänger sowie die längere Leistungsbezugsdauer führten zu häufigen Überschreitungen der kalkulierten Mittel. Seit Inkrafttreten des SGB II haben sich die Ausgaben für Unterkunft und Energie, die vom Land Berlin als kommunaler Träger zu übernehmen sind, stetig erhöht.

Der Finanzpolitik in Berlin stehen auf der Einnahmenseite nur wenige Handlungsoptionen zur Verfügung. Berlin muss sich auf niedrigere Steuereinnahmen einstellen. Bedingt durch den konjunkturellen Einbruch, gehen auch die Zahlungen aus dem Länderfinanzausgleich zurück, weil in Deutschland insgesamt das Niveau der Wirtschaftskraft als Bemessungsgrundlage für den Länderfinanzausgleich sinken wird. Berlin braucht eine nachhaltige, innovationsfördernde und wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik. Ein höherer Wachstumspfad schafft neue Arbeitsplätze und entlastet damit die Ausgabenseite. Deshalb müssen die konsumtiven Ausgaben gesenkt werden.

Erste wichtige Schritte wurden im Bereich der Personalausgaben gemacht. Neben einer Senkung der Einkommen beim Personal des Landesdienstes trägt vor allem ein fortgesetzter Stellenabbau zur Konsolidierung des Haushalts bei. Der Pfad der Haushaltskonsolidierung darf nicht verlassen werden. Im Jahr 2009 wurden die geplanten Investitionsausgaben in Höhe von 1.888 Mio. Euro deutlich um -345 Mio. Euro unterschritten. Die Investitionsquote (Anteil der Investitionen an den bereinigten Gesamtausgaben) ist mit 8,6% in Berlin viel zu niedrig. Zum Vergleich: Hamburgs Investitionsquote beträgt 14,0% (2009), Brandenburgs Investitionsquote ist doppelt so hoch (18,2%). Die geplante niedrigere Investitionsquote von 7% (2012) bis zum Jahr 2013 ist eindeutig der falsche Weg.



## 1.5 Landespolitik Brandenburg – Kurs halten

Brandenburg ist in der zurückliegenden Legislaturperiode wirtschaftlich gut vorangekommen. Unter dem Motto „Stärken stärken“ hat Brandenburg seinen Weg gefunden. Das Land hat ein Image als attraktiver Wirtschaftsstandort aufgebaut. Dies gilt auch für die Entwicklung der Industrie und ist umso bemerkenswerter, da Brandenburg traditionell kein industrielles Kernland ist.

Die positive Bilanz in den Jahren 2005 bis 2008 ist nach Auffassung der UVB die Meßlatte für die neue Landesregierung. Diese hat die große Verantwortung, in den nächsten Jahren die richtigen Weichen für das Land zu stellen. In Anerkennung der

erreichten wirtschaftlichen Fortschritte hat die UVB gefordert, die neue Landesregierung müsse wirtschaftspolitisch „Kurs halten!“.

Denn in dem betreffenden Zeitraum hatten sich viele wichtige Indikatoren in die richtige Richtung entwickelt. Das Exportvolumen hatte sich zwischen 2005 und 2008 annähernd verdoppelt. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten war um fast 7% gestiegen. Gleichzeitig war die Zahl der Arbeitslosen um über 120.000 zurückgegangen und die Arbeitslosenquote hatte sich damit von über 20% auf rund 11,5% annähernd halbiert. Die 10%-Marke war in greifbare Nähe gerückt und wurde damit zu einer Zielmarke für die neue Landesregierung. Auch das Pro-Kopf-Einkommen der Brandenburger wuchs schneller als im Bundesdurchschnitt.

Kurs halten gilt umso mehr, als Brandenburg auch zukünftig vor großen Herausforderungen steht. Dazu gehören unter anderem die Auswirkungen des demographischen Wandels und der Entwicklung der peripheren Regionen, die weiterhin erforderlichen Investitionen in Bildung und Infrastruktur, die Herausforderungen aus der kontinuierlichen Abnahme der Solidarpaktmittel und dem Konsolidierungsbedarf der öffentlichen Haushalte.

Die Stärkung der Wirtschaftskraft ist der entscheidende Hebel, dass die Mittel erwirtschaftet werden, um Politik gestalten zu können. Die Handlungsspielräume bewegen sich entlang der finanziellen Möglichkeiten – und diese müssen erwirtschaftet werden. Auch in diesem Sinn muss die Wirtschaftskraft Brandenburgs weiter gestärkt werden, das Land als wettbewerbs- und innovationsfähiger Standort weiter profiliert werden. Hierzu gehören auch zukünftig Investitionen. Nach den kürzlich veröffentlichten Eckdaten für den Landeshaushalt 2010 sollen die Investitionsausgaben des Landes mit 1.835 Mio. Euro auf hohem Niveau gehalten werden. Ministerpräsident Platzeck betonte ausdrücklich eine Prioritätensetzung auf Bildung, Wirtschaft, Beschäftigung. Gegenüber der Veranschlagung im Haushaltsplan 2009 steigt die Investitionsquote von 17,7% auf 18,2%.

### **1.5.1 Haushaltsplan – Neuverschuldung zurückführen**

Anfang Februar hat die Landesregierung Brandenburgs den Haushalt für das Jahr 2010 beschlossen. Wesentlicher Inhalt des Finanzplanes ist es, die Nettokreditaufnahme ab dem kommenden Jahr um rund 150 Millionen Euro jährlich zu reduzieren, um 2014 auf neue Kredite verzichten zu können.

Nach Plänen der Landesregierung sollen im Zeitraum 2009 bis 2013 die Ausgaben von rund 10 Mrd. Euro um 303 Mio. Euro auf 9.7 Mrd. Euro absinken. Der Begrenzung des Ausgabenwachstums eine hohe Priorität einzuräumen, ist richtig. Eine schwere Hypothek ist jedoch die Verschuldung des Landes. Der Schuldenstand wird von rund 18,1 Mrd. Euro im Jahr 2009 auf 19,8 Mrd. Euro steigen. Damit steigt auch die Zinssteuerquote deutlich an (15,6% im Jahr 2010 auf 17,7% im Jahr 2012). Das bedeutet, dass mehr als jeder sechste Euro, den das Land als Steuereinnahmen erzielt, zur Finanzierung der Kapitalmarktverpflichtungen des Landes eingesetzt werden muss und damit nicht mehr zur politischen Gestaltung zur Verfügung steht.

Beim Haushalt des Landes Brandenburg sind vor allem zwei Aspekte positiv zu bewerten: Erstens, das Ziel der Landesregierung ist es, die Investitionsausgaben des Landes mit 1.835 Mio. Euro auf einem hohen Niveau zu halten. Gegenüber der

Veranschlagung im Haushaltsplan 2009 steigt die Investitionsquote von 17,7% auf 18,2%. Zweitens sind die weiteren Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung aufgrund der nur langsamen konjunkturellen Erholung alternativlos. Das Ziel, die Neuverschuldung auf Null bis 2014 zu senken, ist richtig.

### **1.5.2 Öffentlichen Beschäftigungssektor klar abgrenzen**

Brandenburg wird wie auch Berlin die öffentlich geförderte Beschäftigung fördern. Brandenburg will dabei anders als in Berlin auf zusätzliche Hürden wie Positivlisten und Unbedenklichkeitsbescheinigungen verzichten und strikt nach den gesetzlichen Vorgaben handeln, also öffentlich geförderte Beschäftigung nur dann einsetzen, wenn sie zusätzlich und im öffentlichen Interesse ist, also reguläre Beschäftigung nicht verdrängt.

In Berlin-Brandenburg beträgt der Anteil von Teilnehmern an öffentlich geförderter Beschäftigung (59.441 Teilnehmer inklusive Kommunal-Kombi) an allen geförderten Personen 29,4%. Der Anteil von Personen, die mit Eingliederungszuschüssen, Kurzarbeit oder Weiterbildung gefördert werden, also Maßnahmen für reguläre Beschäftigung, beträgt 47,4 %. Der Schwerpunkt der aktiven Arbeitsmarktpolitik liegt also auf Maßnahmen für den 1. Arbeitsmarkt.

Die Zahl von 59.441 Teilnehmern in öffentlich geförderter Beschäftigung ist auf den ersten Blick hoch, aber bei insgesamt 100.551 Langzeitarbeitslosen im SGB II Bereich hinnehmbar. Die Teilnehmerzahl wird in 2010 weiter sinken, weil das Bundesförderprogramm Kommunal-Kombi ausgelaufen ist und der Beschäftigungszuschuss künftig für öffentlich geförderte Beschäftigung nicht mehr einsetzbar ist. Er kann nur noch für die Förderung von Arbeitsverhältnissen eingesetzt werden, die unbefristet sind, also nur in Wirtschaftsunternehmen, ohne Abhängigkeit von Kofinanzierungen und jährlichen Haushaltsplänen der öffentlichen Hand.

Öffentlich geförderte Beschäftigung für Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose, die erkennbar nicht in reguläre Beschäftigung zu vermitteln sind, auch nicht mit einer noch so guten Qualifizierung, war von der Wirtschaft von den Anfängen des Arbeitsförderungsgesetzes an immer aus sozialpolitischen Gründen toleriert worden.

Für die kritische Begleitung der arbeitsmarktpolitischen Ausgestaltung des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors sind der DGB und die UVB zuständig.

Die UVB bleibt in diesem Zusammenhang bei ihrer Forderung, die Begleitung der Arbeitsmarktpolitik der Job Center gesetzlich konkreter zu fassen als bisher (die Träger „arbeiten mit den Beteiligten des örtlichen Arbeitsmarktes zusammen...“, § 18,1, SGB II) und dazu die Beiräte der Job Center wie die Verwaltungsausschüsse der Arbeitsagenturen zu organisieren, in Bezug auf Rechte, Pflichten und das drittelparitätische Benennungs-, Besetzungs- und Arbeitsverfahren.

Die neue Bundesregierung sollte aus Sicht der UVB bei der Entscheidung über die Neugestaltung der Grundsicherung auch die Aufgaben der Beiräte und die Mitwirkung der arbeitsmarktpolitischen Akteure entsprechend konkretisieren. Nach dem Modell der Verwaltungsausschüsse der Arbeitsagenturen wären die Beiräte dann für Beratung und Kontrolle zuständig. Gemeinsame Erklärungen, Positivlisten,

Unbedenklichkeitsbescheinigungen für Ausnahmen, zusätzliche Kontroll- und Sanktionsverfahren etc. wären dann obsolet.

Unabhängig davon sollten die Kammern, Fachverbände und Innungen auf Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen hinweisen, die ihnen bekannt werden. Solchen Hinweisen müssen die Job Center umgehend nachgehen und dafür Sorge tragen, dass sie unverzüglich abgestellt werden.

### **1.5.3 Arbeitnehmerfreizügigkeit bedarf einer Zuzugsstrategie**

Ab Mai 2011 tritt die vollständige Freizügigkeit am Arbeitsmarkt innerhalb der erweiterten EU (mit Ausnahme von Bulgarien und Rumänien) für Deutschland auch am Arbeitsmarkt in Kraft. Der UVB kommt es darauf an, die Chancen dieser Freizügigkeit für unsere Region zu identifizieren und zu nutzen. Berlin und Brandenburg können die gut ausgebildeten Fachkräfte in den Grenzregionen unserer osteuropäischen Nachbarstaaten, die z.T. auch über längere Berufserfahrungen im Ausland und entsprechende gute Sprachkenntnisse verfügen, als Anreiz für neue Unternehmen nutzen, auf beiden Seiten der Grenzregion neue Investitionen zu tätigen, um von hier aus international zu operieren. Damit schaffen sie in der gesamten Wirtschaftsregion neue Arbeitsplätze und heben das Wohlstandsniveau auf beiden Seiten der Grenze.

Vorraussetzungen dafür sind aber weitere Investitionen, insbesondere in die grenzüberschreitende Verkehrsinfrastruktur. Nur wenn die Wirtschaftsräume auf beiden Seiten der Grenze besser und schneller zusammengebunden werden, kann sich das Zusammenwachsen unserer Region und ihre wirtschaftliche Entwicklung weiter beschleunigen.

Die „Gemeinsame Fachkräftestudie Berlin-Brandenburg“ vom 22.2.2010 belegt deutlich die möglichen Konsequenzen, die ohne entsprechende Gegensteuerung und vorbeugende Maßnahmen zur Fachkräftesicherung eintreten könnten (460.000 nicht besetzbare Arbeitsplätze bis 2030).

Die Langfassung der Studie mit Analysen der Entwicklung in einzelnen Branchen liegt noch nicht vor. Möglicherweise sind auch einzelne Prognosen, wie z.B. der starke Rückgang industrieller Arbeitsplätze, falsch.

Unabhängig davon aber sind die Handlungsempfehlungen in der Kurzfassung dieser Studie ein grundsätzlich gelungener Masterplan zur Fachkräftesicherung, der auf die einzelnen Branchen noch runtergebrochen werden muß.

Die Fachkräftestudie widmet in ihren Handlungsempfehlungen den Potentialen der vollständigen Freizügigkeit am Arbeitsmarkt zur Fachkräftesicherung allerdings zu wenig Aufmerksamkeit. Für Hochschulabsolventen bestehen faktisch keine Einschränkungen mehr. Zusätzlich sollten auch in Berufen, wo Facharbeiter fehlen aber in den Nachbarstaaten vorhanden sind, bestehende Einschränkungen durch die sogenannte „Arbeitsmarktvorrangprüfung“ ausgesetzt werden, wenn dies arbeitsmarktpolitisch zu verantworten ist. Wenn keine geeigneten deutschen Fachkräfte für eine offene Stelle zur Verfügung stehen, macht es wenig Sinn, jetzt erst noch die arbeitsmarktpolitischen Instrumente wie z.B. Qualifizierung für deutsche

Arbeitslose einzusetzen, wenn ein geeigneter Facharbeiter aus den Beitrittsstaaten sofort die offene Stelle zu denselben Arbeitsbedingungen besetzen könnte.

Auch für Schulabgänger aus den Nachbarstaaten, die in Deutschland eine Ausbildung beginnen wollen, sollte die letztmalig noch bestehende Einschränkung der Freizügigkeit für den Ausbildungsbeginn September 2010 aufgegeben werden. Betriebliche Ausbildungsplätze, gerade auch in den peripheren Regionen Brandenburgs, dürfen nicht unbesetzt bleiben, nur weil kein geeigneter deutscher Ausbildungsplatzbewerber zur Verfügung steht. Für eine vorzeitige Freizügigkeit für Ausbildungsplatzbewerber ist keine gesetzliche Änderung erforderlich. Ausreichend ist lediglich eine entsprechende Prüfung der aktuellen Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt durch die Berufsberatungen der Arbeitsagenturen. Nach dem deutschen Berufsbildungssystem in deutschen Betrieben ausgebildete junge Menschen würden Betrieben in beiden Ländern helfen, neue Märkte und Kunden besser zu erschließen und einen wichtigen Beitrag zur künftigen Fachkräftesicherung leisten.

In Abstimmung mit den polnischen Arbeitsagenturen und Woiwoden in der Oder-Grenz-Region sollten die beiden Landesregierungen Berlin und Brandenburg prüfen, wie sie die bessere Wahrnehmung der Chancen unterstützen und eine Zuzugsstrategie entwickeln können. Denkbar wäre, z.B. in einem ersten Schritt, berufs- und fachbezogene berufsbegleitende Sprachkurse für Fachkräfte und Auszubildende aus den Nachbarstaaten zu fördern, die hier eine Arbeit oder Ausbildung aufnehmen.

## **2 Aktuelle Branchenumfrage der UVB – Vorsichtiger Optimismus bei weiterhin hoher Unsicherheit der Märkte**

Die UVB hat im Februar 2010 unter ihren 60 Mitgliedsverbänden eine Blitzumfrage zu den Auswirkungen der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise durchgeführt. Diese wichtige Momentaufnahme zeigt aktuelle Branchentrends in der Region auf. Die UVB-Umfrage zeigt, dass die Unternehmen weiter intensiv daran arbeiten, ihre Stammbeschaften zu halten. Darüber hinaus will die große Mehrheit der Branchen das Ausbildungsplatzangebot für September 2010 aufrechterhalten. Das zeigt, dass die Unternehmen in Zeiten schwerer Konjunktur- und Finanzkrise bereit sind, Verantwortung zu übernehmen.

### **2.1 Leichte Erholung bei den Auftragseingängen**

Die Umfrage der UVB zeigt, dass die Mehrheit der Branchen mit stabilen Auftragseingängen für das Jahr 2010 rechnet. Das gilt z.B. für die Bereiche Bauindustrie, Ernährungsindustrie, Logistik, Elektrotechnik und Elektroindustrie und Energie- und Versorgungswirtschaft. Erwartungen über rückläufige Auftragseingänge haben die Druckindustrie, Papiergewerbe und Teile der Metall- und Elektroindustrie. Steigende Aufträge erwarten Wirtschaftszweige wie Kliniken/Pflege, Maschinenbau, Groß- und Außenhandel und Chemieindustrie.

### **2.2 Zuversicht bei den Umsatzerlösen im Jahr 2010**

Die meisten Branchen rechnen mit einer Stabilisierung der Umsätze. Innerhalb der M+E-Industrie rechnet die Elektrotechnik (z.B. die Hersteller von Sensoren, Schaltelektronik) zur Zeit mit gleichbleibenden Umsatzerlösen, die aber im Laufe des Jahres, insbesondere bei den Inlandumsätzen, steigen werden. Eine stabile Umsatzentwicklung erwarten auch die Ernährungsindustrie, Druckindustrie, Holz- u. Kunststoffindustrie, Hersteller von Beton u. Fertigbetonteilen und der Maschinenbau. Innerhalb der Dienstleistungen sind es die Branchen Logistik, Holzhandel, Hotel- u. Gaststätten, Gebäudereiniger und Energie- u. versorgungswirtschaftliche Unternehmen, die eine stabile Umsatzentwicklung für das Jahr 2010 erwarten. Der Gesundheitssektor, die Chemieindustrie, der Groß- und Außenhandel und die Bauindustrie erwarten steigende Umsatzerlöse für dieses Jahr.

### **2.3 Betriebe wollen Fachkräfte halten**

Die Mehrheit der Branchen will auch 2010 die Arbeitsplätze der Stammbeschaften halten und die geplanten Plätze für Auszubildende nicht streichen. Das gilt vor allem für die Ernährungsindustrie, Bauindustrie, M+E-Industrie, Logistik, Papiererzeugung und Chemieindustrie. Der Groß- und Außenhandel erwartet zur Zeit für die nächsten Monate einen Rückgang der Beschäftigung. Weitere Einschnitte beim Personal werden auch in der Druckindustrie, beim Maschinenbau und bei der Holz- und Kunststoffindustrie erwartet.

### **2.4 Neuer Investitionsschub ist noch nicht in Sicht**

Fast alle Branchen erwarten, ihre geplanten Investitionen für 2010 durchführen zu können. Teile der Bauindustrie, wie z.B. Sanitär u. Heizung, Groß- und Außenhandel, Kunststoffindustrie und Maschinenbau erwarten, dass sie die geplanten Investitionen

nicht durchführen können. In der Kunststoffindustrie nimmt zudem die Zahl der Insolvenzen zu.

Ein deutlicher Investitionsschub im Jahr 2010 ist nicht zu erwarten. Das zeigt die Branchenumfrage deutlich: Auch die Branchen, die erwarten, daß sie ihre Investitionen durchführen können, berichten über größere Hürden bei der Kreditvergabe durch die Banken. Die Kreditinstitute fordern mehr Sicherheiten, teilweise höhere Zinsen und höhere Anforderungen an die Offenlegung von Betriebskennzahlen. Außerdem verweist ein Großteil der Unternehmen auf verschlechterte Konditionen und über längere Entscheidungs- u. Bearbeitungsfristen.

## **2.5 Schlussfolgerungen im Spiegel der bundesweiten Branchentrends**

Trotz angespannter Auftragslage und vorsichtigem Optimismus bei den Umsatzerlösen hält ein Großteil der Branchen die Stammebelegschaft und die Ausbildungsplätze.

Eine allgemeine Kreditklemme belegt diese Umfrage nicht. Wohl aber die Tatsache, dass der Zugang zu Krediten über fast alle Branchen hinweg durch die Banken erschwert wird. Der klassische Bankkredit bleibt zwar für insbesondere kleine und mittlere Betriebe eine zentrale Finanzierungsquelle, wenn auch die Banken bei der Vergabe selektiver vorgehen und die Margen stärker als bisher an die Risiken angepasst werden.

Die Unternehmen setzen auf Stabilisierung und Konsolidierung im Finanzbereich. Das zeigt die UVB-Umfrage im Vergleich mit aktuellen Branchentrends, die vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW Köln) erhoben wurden. Insbesondere bei den Mitarbeitern setzen die Branchen in Berlin-Brandenburg mehr auf das Signal „Fachkräfte halten“ als es im Bundesdurchschnitt zu beobachten ist. Das gilt insbesondere für die Bauindustrie, Chemieindustrie, Elektrotechnik, Rohstoffe und Bergbau sowie für die Bereiche Verkehr und Logistik.

Das geplante Investitionsvolumen bleibt überwiegend auf Vorjahresniveau. Über etwas höher angesetzte Investitionspläne als im Bundesdurchschnitt berichten regionale Branchen wie der Sektor Rohstoffe und Bergbau, die Chemieindustrie. Die Investitionspläne der Energie- und Versorgungswirtschaft in Berlin-Brandenburg entsprechen den Erwartungen der Branche auf Bundesebene. Hinsichtlich der Investitionen liegen die regionalen Branchen mit ihren Erwartungen eher im Bereich „gleichbleibend, stabil“. Im Bundesdurchschnitt zeigt sich durch alle Branchen ein eher differenzierteres Bild.

## Branchentrends für 2010 in Berlin und Brandenburg

Branchen	Kapazitätsauslastung	Mitarbeiterentwicklung	Umsatz	Auftrageingang	Investitionen
<b>Industrie</b>					
Rohstoffe und Bergbau	→	→	→	→	↗
Energie- u. Versorgungswirtschaft	↘	→	→	→	↗
Ernährungsindustrie	→	→	→	→	↗
Holz und Kunststoff	→	↘	→	→	↘
Papiergewerbe	↘	→	↘	↘	→
Druck und Medien	↘	↘	→	↘	→
Bauindustrie/Installation	→	→	↗	→	→
Beton- und Fertigteilindustrie	→	→	→	→	→
Garten- und Landschaftsbau	→	→	↗	→	uneinheitlich
Chemieindustrie	↗	→	↗	↗	↗
Metall- und Elektroindustrie	→	→	→	→	→
Elektrotechnik	→	→	→	→	→
Maschinenbau	↗	↘	→	↗	↘
Verkehr und Logistik	↗	→	↗	→	→
<b>Handel</b>					
Handel	-	→	→	-	-
Groß- u. Außenhandel	→	↘	↗	↗	↘
<b>Dienstleistungen</b>					
Hotel und Gaststätten	→	→	→	→	→
Gebäudetechnik	→	→	→	→	↗
Gebäudereinigung	→	→	→	→	→
Kliniken und Pflege	↗	→	↗	↗	↗

### Legende:

	Aufträge, Umsatz, Kapazitätsauslastung und Mitarbeiter	Investitionen
↗	Steigerung, Aufbau	können wie geplant durchgeführt werden
→	gleich bleibend	können überwiegend durchgeführt werden
↘	Rückgang, geringer Abbau	können nicht durchgeführt werden
-	keine Angaben	keine Angaben

Quelle: UVB – Branchenumfrage, Februar 2010

Der Vergleich führt zu der Schlussfolgerung: Die Betriebe halten ihr Fachpersonal, sie setzen 2010 auf Konsolidierung und die notwendigen Investitionen können noch überwiegend durchgeführt werden. Insgesamt herrscht eher vorsichtiger Optimismus, weil noch bestehende Risiken auf verschiedenen Märkten ins Kalkül einbezogen werden.

## UVB-Umfrage im Spiegel des bundesweiten Branchentrends

### Berlin-Brandenburg bei der Mitarbeiterentwicklung stabiler als im Bundesvergleich

Branchen	Mitarbeiter			Investitionen			Geschäftsergebnisse 2010		
	-	0	+	-	0	+	-	0	+
<b>Industrie</b>									
Rohstoffe und Bergbau	●	●			●	●	●	●	
Energie- u. Versorgungswirtschaft / Wasserwirtschaft		● ●				● ●		●	●
Ernährungsindustrie		● ●			● ●			● ●	
Papiergewerbe		● ●			● ●			●	●
Druck und Medien	● ●			●	●		● ●		
Bauindustrie/Installation	●	●		●	●		●	●	
Chemieindustrie	●	●			●	●		●	●
Metall- und Elektroindustrie		● ●			● ●				● ●
Elektrotechnik	●	●			● ●			●	●
Maschinenbau		● ●		●	●			● ●	
Verkehr und Logistik	●	●			● ●				● ●
<b>Handel</b>									
Handel/Einzelhandel		● ●		●				●	●
Groß- u. Außenhandel	● ●			●	●				● ●
<b>Dienstleistungen</b>									
Hotel und Gaststätten	● ●				●	●	●	●	

**Wichtig:** Die Branchen wurden befragt, wie Sie den Stand Ende 2010 im Vergleich zum Vorjahr beurteilen. Die Erwartungen mit „0“ bedeuten „im Durchschnitt stabil“. Das heißt, auch negative Entwicklungen im Jahresverlauf können miteinbezogen werden. Auch sind die Abstände zwischen den Erwartungen (-,0,+) nicht sehr groß. Das kommt daher, weil der Vergleich zwischen dem aktuellen Krisenjahr mit einem „noch schlimmeren“ Krisenjahr (Vorjahr) in die Erwartungen mit einfließen.

#### Legende

- Bundestrend (IW Verbandsumfrage 2010)
- Berlin-Brandenburg (UVB-Branchenumfrage)

-	0	+
weniger, niedriger	gleichbleibend	etwas mehr, Aufbau

Quelle: UVB-Branchenumfrage Februar 2010, Institut der deutschen Wirtschaft in Köln (IW), IW-Verbandsumfrage 2010

### **3 Wachstumschancen nutzen – Wachstumspotentiale verbessern**

#### **3.1 Schlüsselbranche Industrie**

Die UVB hat ihr langjähriges Engagement für die Industrie weitergeführt, auch in der Überzeugung dass viele Dienstleistungen mit hoher Wertschöpfung erst auf der Grundlage einer starken industriellen Basis entstehen. Eine prosperierende Industrie und der Aufbau von Industriebeschäftigung sind essentielle Hebel, große Herausforderungen der Region zu lösen, etwa die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und den weiteren Abbau von Arbeitslosigkeit.

Eine aktuelle Studie des DIW bestätigt, dass Berlin im nationalen und internationalen Vergleich der Entwicklung von Metropolen und Ballungsräumen deutlich zu wenig Beschäftigte in der Industrie hat und beziffert die Lücke auf rund 90.000 Industriebeschäftigte - bezogen auf den Bestand ein Defizit von rund 70%.

#### Masterplan Industrie Berlin:

- Im Frühjahr 2009 hat sich Berlins Wirtschaftssenator Harald Wolf mit der UVB sowie weiteren Partnern der Berliner Wirtschaft und den Gewerkschaften auf die gemeinsame Entwicklung eines Masterplans Industrie sowie eines voranstehenden Industrie-Leitbildes verständigt. Ziele sind die Stärkung und der Ausbau des Industriebestands in der Stadt durch konkrete Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die Unternehmen sowie Berlin als Industriestandort regional und überregional stärker zu profilieren. Der Masterplan wird in einem strukturierten Prozess in einem breiten Kreis von Akteuren in Expertenanhörungen, Projektgruppen und Werkstätten erarbeitet. Darüber hinaus engagiert sich die UVB in der Koordination des Projekts im Rahmen einer Geschäftsstelle bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft. Der Masterplan soll 2010 vorliegen und anschließend umgesetzt werden.

#### Steuerungskreis Industriepolitik Berlin:

- Viele dringend notwendige Aktivitäten erfordern ein stärkeres ressortübergreifendes Bewusstsein für die Bedeutung der Industrie für die Zukunft Berlins. Der Regierende Bürgermeister hat in diesem Sinn auf Anregung unter anderem der UVB einen „Steuerungskreis Industriepolitik“ eingerichtet.

Die UVB ist überzeugt, dass der Industriepolitik ressortübergreifend eine Schlüsselrolle zukommen muss. Wissensintensive, überregional ausgerichtete Industriebranchen stehen dabei im Mittelpunkt, denn hier werden weltweit gefragte Lösungen für zentrale Zukunftsfragen produziert:

- Wie sichern wir die Energieversorgung nachhaltig und zu bezahlbaren Preisen?
- Wie sieht die Mobilität der Zukunft aus?
- Wie verbessern wir angesichts begrenzter natürlicher Ressourcen die Effizienz von Produktionsverfahren?
- Welche Medizintechnik wird alternden Gesellschaften zur Verfügung stehen?

Für die Lösung derartiger Herausforderungen ist die Entwicklung, der Ausbau und die Nutzung neuer, moderner, industrieller Technologie erforderlich. Die inzwischen weltweit verfolgten Strategien ressourceneffizienter und nachhaltiger Green Economy stehen hierfür exemplarisch.

### **3.1.1 Green Economy – Wachstumsfaktor und Innovationsmotor**

Vor dem Hintergrund einer weiter steigenden Weltbevölkerung, vor allem in Entwicklungsregionen, wird die Nachfrage nach Energie und Ressourcen weltweit weiter wachsen. Gleichzeitig werden begrenzt verfügbare natürliche Ressourcen immer knapper. Klimapolitische Herausforderungen erfordern zudem eine Senkung von CO<sub>2</sub>-Emissionen. Diese sich parallel vollziehende Entwicklung – steigende Energie- und Ressourcennachfrage, begrenzte natürliche Ressourcen, klimapolitische Ziele – kann nur bewältigt werden, wenn es gelingt, Wirtschaftswachstum, Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung zu entkoppeln.

Dabei kommt der Industrie bei der Entwicklung dafür erforderlicher technologischer Lösungen eine entscheidende Rolle zu. Die Industrie treibt höhere Effizienz bei etablierten Technologien voran und schafft Fortschritte bei erneuerbaren Energien und neuen Technologien. Energietechnik und Technologie zum effizienten Umgang mit Ressourcen sind ein industrieller Schlüsselmarkt des 21. Jahrhunderts.

Nach einer anerkannten Studie der Unternehmensberatung Roland Berger für das Bundesumweltministerium sind insbesondere sechs Leitmärkte von besonderer Bedeutung:

- Energieeffizienz
- Umweltfreundliche Energieerzeugung und –speicherung (sowohl fossile, wie auch erneuerbare)
- Nachhaltige Mobilität
- Rohstoff- und Materialeffizienz
- Kreislaufwirtschaft
- Nachhaltige Wasserwirtschaft.

Für die Region Berlin-Brandenburg verbindet sich die Chance, durch Innovationen und Produkte Wachstumspotenziale in diesen Märkte zu erschließen. Vor allem in den Bereichen Energieeffizienztechnologien, umweltfreundliche Energieerzeugung und -speicherung, Kreislaufwirtschaft, nachhaltige Mobilität und nachhaltige Wasserwirtschaft ist die Region gut aufgestellt. Allein in Berlin sind bereits heute mindestens 500 Unternehmen in diesen Leitmärkten unterwegs. Mehr als 42.000 Beschäftigte sind in diesen Bereichen tätig.

Bereits rund 25 wissenschaftliche Einrichtungen der öffentlichen Forschung Berlins forschen konkret an einem breiten Spektrum umweltrelevanter Themen. Zahlreiche Unternehmen, vor allem aus der M+E-Industrie, erschließen sich als Zulieferer die neuen Bereiche.

Die von der UVB federführend betreute und gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Wirtschaft, der IHK, der Handwerkskammer, dem Bauindustrieverband, Berlin-Partner, der IBB und dem DGB vereinbarte „Wachstumsinitiative Berlin 2004-2014“ hat das Thema „Green Economy“ in der öffentlichen und politischen Diskussion

wesentlich vorangetrieben. Dazu gehört eine Pressefahrt zu wichtigen Unternehmen der Green Economy, wie MAN Turbo, Jonas+Redmann Photovoltaics Production Solutions und Continental zusammen mit Wirtschaftssenator Harald Wolf im Oktober 2009. Im November hat die Wachstumsinitiative ein Papier zu den Chancen und Potenzialen der „Green Economy“ für Berlin sowie wichtigen Handlungsfeldern vorgestellt und diese als Partner auf der 3. Berliner Wirtschaftskonferenz diskutiert. Im Ergebnis wurde festgehalten, dass Berlin große Potenziale und beste Chancen hat, als Standort industrieller Lösungen von der „grünen Revolution“ nachhaltig zu profitieren.

Nach Überzeugung der UVB muss Green Tech als industrielles Querschnittsthema mit Potenzial für alle Branchen begriffen werden. In diesem Sinn müssen die Weichen für attraktivere Rahmenbedingungen für die Industrie am Standort insgesamt richtig gestellt werden. Vorrangige Aufgaben sehen wir unter anderem darin die Innovationsfähigkeit zu fördern, Fachkräftebedarf zu sichern, die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft zu verbessern und die Netzwerkbildung in umwelttechnologischen Kernbereichen zu intensivieren.

### **3.1.2 Klimaschutzgesetz – differenzierte Behandlung der Industrie notwendig**

Die Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz (SenGUV) hat im Juli 2009 mit einem Referentenentwurf ein Klimaschutzgesetz für das Land Berlin auf den Weg gebracht. Der Berliner Entwurf sieht unter anderem vor, Eigentümer von Gebäuden im Bestand – auch Gewerbe- und Produktionsgebäude – zum anteiligen Einbau von Erneuerbaren Energiewärmeanlagen zu verpflichten, sofern die installierte Heizungsanlage älter als 20 Jahre ist.

Ausgangspunkt der Berliner Gesetzesinitiative ist das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) des Bundes. Das EEWärmeG schreibt für Neubauten eine anteilige Nutzung von Erneuerbaren Energien (EE) bei der Wärmeengewinnung vor. Eine Öffnungsklausel im EE-Wärmegesetz ermöglicht den Bundesländern, darüber hinaus Regelungen für Gebäude im Bestand zu treffen. Von dieser Möglichkeit hat bisher nur das Bundesland Baden-Württemberg Gebrauch gemacht. Dieses Landesgesetz gilt jedoch nur für Wohngebäude – gewerbliche Bestandsgebäude sind dort bewusst ausgenommen.

Nach Auffassung der UVB muss ein derzeit in Berlin diskutiertes Klimaschutzgesetz in eine Energiestrategie eingebunden sein. Nachdem Brandenburg bereits 2008 eine Energiestrategie verabschiedet hatte, erarbeitet Berlin erst noch gegenwärtig eine Energiestrategie, die im Verlauf des Jahres 2010 verabschiedet werden soll.

Die UVB sieht in den Bereichen der „Green Economy“ große Wachstumschancen und unterstützt das grundsätzliche Anliegen einer CO<sub>2</sub>-Reduzierung auch im industriellen Bereich, hält aber die im Referentenentwurf vorgesehenen Instrumente für ungeeignet. In zwei ausführlichen Stellungnahmen hat die UVB ihre konstruktive Kritik konkretisiert und in Gesprächen mit der Verwaltung und Politik darauf hingewiesen, dass aus UVB-Sicht ein neuer gegenwärtig in der Ressortabstimmung befindlicher Gesetzentwurf einige Gesichtspunkte erfüllen muss, darunter:

- Eine unterschiedliche Behandlung von Alt- und Neubauten. Die nachträgliche energetische Sanierung von Gebäuden im Bestand ist schwieriger und

aufwendiger als die Berücksichtigung energetischer Aspekte bei der Neubauplanung. Daher müssen die Anforderungen bei Gebäuden im Bestand absolut und relativ geringer sein.

- Ein Gesetzentwurf muss technologie- und energieträgerneutral sein. Insbesondere die Technologieträgerneutralität ist wichtig, weil dies Voraussetzung für einen Wettbewerb um die effizientesten Klimaschutztechnologien ist.
- Ein Gesetzentwurf muss zwischen Produktionsgebäuden und Wohn- und Bürogebäuden unterscheiden. Produktionsgebäude sind hinsichtlich Größe, Art und Ausstattung mit normalen Wohn- oder Bürogebäuden nicht vergleichbar. Deswegen bedarf es hier einer Lösung, welche die individuellen Besonderheiten der industriell genutzten Gebäude berücksichtigt.

Die UVB hält insbesondere eine differenzierte Behandlung von Produktionsgebäuden im Bestand für unbedingt erforderlich. Aufgrund spezieller Produktionsanforderungen muss jedes Industriegebäude als Einzelfall betrachtet werden. Auch ein von Umwelt- und Mieterverbänden zwischenzeitlich vorgeschlagenes einfaches Stufenmodell ermöglicht keine ausreichende Differenzierung der Besonderheiten von Industriegebäuden. Da in der bisherigen Diskussion die Auswirkungen des Gesetzentwurfes auf Wohngebäude dominierte, hat die UVB Ende Januar 2010 mit einem Positionspapier die Auswirkungen des geplanten Gesetzes auf Gewerbe- und Industriegebäude in den Mittelpunkt gestellt.

Zugleich hat die UVB einen konkreten Vorschlag unterbreitet, wie eine Einbeziehung von Industrie- und Gewerbegebäuden im Bestand aussehen könnte, die dem Klimaschutz wie auch den Besonderheiten und Interessen der Industrie sinnvoll Rechnung trägt.

Demnach sollten Industriegebäude im Bestand vom Klimaschutzgesetz ausgenommen werden und vielmehr eine individuelle Datenerfassung des energetischen Zustands der Industrie- und Produktionsgebäude im Bestand erfolgen. Die UVB schlägt vor, innerhalb von 3 Jahren diese Datenerfassung abzuschließen. Als geeignetes Instrument zur Erfassung kann der bedarfsabhängige Energieausweis der Energieeinsparverordnung (EnEV) genutzt werden. Mit dem Energieausweis wird der energetische Zustand eines einzelnen Industriegebäudes individuell ermittelt und bewertet. Ausgehend von dieser Bewertung können gegebenenfalls konkrete Einsparungen oder energetische Sanierungen erfolgen, sofern dies wirtschaftlich ist. Als Erfolg wertet die UVB Aussagen aus der Senatsverwaltung für Umwelt nach denen eine Lösung gefunden werden soll, welche die Besonderheiten der Industrie stärker berücksichtigt und eine differenzierte Behandlung ermöglicht.

### **3.1.3 Innovationspolitik – Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft**

Ein Element erfolgreicher Innovationspolitik ist die enge Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft. Mit dem „Runden Tisch Wirtschaft-Wissenschaft“ ist ein Forum geschaffen, um beide Systeme näher zueinander zu bringen. Zu Beginn des Prozesses hat die UVB mit den „Sieben Thesen zum Technologietransfer“ die innovationspolitischen Leitlinien beschrieben und auf dem Innovationsgipfel Berlin-Brandenburg 2009 nochmals auf die länderübergreifende Bedeutung der abgestimmten Innovationspolitik verwiesen. Nun wird mit der TransferAllianz am

kommenden Montag eine Vereinbarung getroffen, die die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft auf ein neues Niveau hebt. Ein detaillierter Maßnahmeplan erhöht die Transparenz der Wissenschaftslandschaft, verbessert die Kontaktabahnung zwischen beiden Seiten und fördert die einzelnen Transferformen, von Praktika bis hin zu Strategischen Forschungspartnerschaften. Die UVB hat die Entwicklung des Runden Tisches zur TransferAllianz forciert.

Ein wesentliches Element der Berliner Transferlandschaft wird das Institut für angewandte Forschung. Es bündelt die Kompetenzen der Berliner Fachhochschulen in den Bereichen Ingenieurwissenschaften (verantwortlich: Beuth-Hochschule), Informatik (Hochschule für Technik und Wirtschaft), Wirtschaft und Verwaltung (Hochschule für Wirtschaft und Recht) und Integration und Gesundheit (Alice-Salomon-Hochschule). Die UVB ist im Kuratorium des neuen Instituts präsent.

Darüber hinaus engagiert sich die UVB im Wissenschaftsjahr 2010. Neben der Unterstützung der neuen Reihe „Funkturngespräche“ plant die UVB unter dem Titel „Wissenschaft trifft Wirtschaft“ ein wechselseitiges Besuchsprogramm von Professoren in Unternehmen und Managern in Hochschulen. Dieses Besuchsprogramm stellt systematisch und gezielt persönliche Kontakte zwischen Wissenschafts- und Wirtschaftsvertretern her. Mit dem Kennenlernen des Arbeitsumfeldes werden die Möglichkeiten (und Grenzen) der jeweils anderen „Seite“ aufgezeigt. Im Idealfall wird die Basis für eine weitergehende Zusammenarbeit geschaffen.

Ein erfolgreiches Instrument des Wissenstransfers sind Unternehmensgründungen aus dem Hochschul- und Wissenschaftsbereich. Die Gründungsförderung an den Hochschulen der Hauptstadtregion wird entscheidend vom Businessplan-Wettbewerb Berlin-Brandenburg (BPW) geprägt. Das Programm, das von UVB, IBB und ILB organisiert wird, hat sich zur „Jobmaschine“ entwickelt: Seit 1996 sind aus dem BPW über 1.200 Unternehmen mit rund 5.400 Arbeitsplätzen entstanden. Und der aktuelle Wettbewerb schlägt alle Teilnahmerekorde.

Für modernen Wissens- und Technologietransfer steht auch das ME-Netzwerk. Seit Januar 2010 wird das ME-Netzwerk in der Regie des Verbandes der Metall- und Elektroindustrie in Berlin und Brandenburg (VME) fortgesetzt. Wir danken dem Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg sowie der ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH für die große Unterstützung in der ersten Netzwerkphase und freuen uns auf die weitere gute Zusammenarbeit. Das ME-Netzwerk hat die Branche erreicht. In über 80 Firmenbesuchen wurden die branchentypischen Themen identifiziert. An über 40 Tagungen, Präsentationen und Workshops haben mehr als 800 Unternehmensvertreter der ME-Industrie teilgenommen.

Im Rahmen des ME-Netzwerkes sind eine Reihe von Arbeitshilfen und Instrumenten für die Unternehmenspraxis entstanden. Dazu gehören neben dem MINT-Katalog und dem Materialatlas auch der „ME-Wissenschaftsatlas“. Diese ME-Forschungsdatenbank enthält über 200 Datensätze von Wissenschaftlern, die sich mit ME-relevanten Themen befassen. 15 Hochschulen und 11 außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, Career Service Center und Transferstellen sind aufgeführt. Darüber hinaus sind alle ME-relevante Studiengänge und relevante ME-Forschungsberichte gelistet.

## **3.2 Fachkräftesicherung durch Investitionen in Bildungsinfrastruktur**

Zentrales Ziel aller Bildungsinvestitionen ist die langfristige Sicherung der Fachkräftebasis in unserer Region. Aktuelle Studien prognostizieren entsprechende Engpässe – wenn nichts dagegen unternommen wird. Die UVB hat die verschiedenen Handlungsfelder der Fachkräftesicherung zu einem Gesamtmodell zusammengeführt, politische Aktivitäten in einzelnen Bereichen bewertet und eigene Projekte und Vorhaben initiiert:

1. Demographiemanagement
2. Nachwuchsgewinnung mit MINT
3. Schulstrukturreform
4. Ausbildung
5. Hochschule / Masterplan „Wissenschaft“
6. Weiterbildung
7. Integration und Zuwanderung

### **3.2.1 Demographiemanagement richtige Antwort**

Das IP Institut hat im Auftrag des ME-Netzwerks eine Fachkräftestudie für die Metall- und Elektroindustrie in der Hauptstadtregion vorgelegt. Die zentrale Botschaft lautet: in den nächsten zehn Jahren verlassen altersbedingt 18.000 Mitarbeiter die Unternehmen der ME-Industrie. Ähnliche Größenordnungen hat auch die länderübergreifende Fachkräftestudie der prognos AG für die anderen Branchen ermittelt: Die Antwort darauf muss ein Demographiemanagement mit frühestmöglicher Nachwuchsgewinnung und gezielter Weiterbildung sein. Die UVB bietet ihren Mitgliedsverbänden und deren Unternehmen einen Demographiecheck an, der die Altersstruktur der Belegschaft in die Zukunft projiziert und die demographierelevanten Engpassfaktoren benennt.

### **3.2.2 MINT mit herausragender Bedeutung**

MINT steht für die Unterrichtsfächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik. Diese Fächer haben eine herausragende Bedeutung für die Fachkräftesicherung, denn sie bilden die Basis für Berufswege in besonders wichtige Branchen, wie zum Beispiel die Chemie- oder die Metall- und Elektroindustrie. Ein wichtiger Hebel zur langfristigen Absicherung des Fachkräftebedarfs ist daher die Stärkung der MINT- Fächer bereits an den Schulen.

Wegen der hohen Bedeutung der MINT- Thematik hatte sich die UVB bereits im vergangenen Jahr bei den Landesregierungen dafür eingesetzt, diese Fächer verstärkt bei der Studien- und Berufsorientierung einzubeziehen. Denn es ist sehr wichtig, dass Schüler entsprechende Berufsbilder kennen. Sie müssen bereits in der Schule ein stabiles Interesse an MINT entwickeln und dort entsprechende Kenntnisse erlangen können, die dann die Grundlage für eine nachfolgende Berufsausbildung oder für ein Studium bildet. Das erfordert aus Sicht der UVB:

1. ausreichend vorhandene und hoch motivierte MINT –Lehrkräfte
2. eine gut ausgestattete MINT –Studentenafel
3. einen attraktiven MINT –Unterricht.

Mit Sorge betrachtet die UVB den sich abzeichnenden Lehrermangel gerade in den MINT- Fächern. Die Senatsverwaltung in Berlin und die Landesregierung von Brandenburg sollten daher alles unternehmen und für eine ausreichende Versorgung mit gut qualifizierten Lehrkräften sorgen. Dabei sollte besonders jungen Lehrkräften ein attraktiver Einstieg in den Schuldienst ermöglicht werden.

Die Stundentafeln sind aus Sicht der UVB in beiden Ländern nunmehr zufriedenstellend mit MINT- Stunden versehen. Hervorzuheben ist, dass die Senatsverwaltung richtige Schritte eingeleitet hat, indem sie die ursprünglich geplanten drei Stunden in den naturwissenschaftlichen Fächern in den Klassenstufen 9 und 10 der Sekundarschulen auf nunmehr fünf Stunden erhöht hat. Dies ist nicht zuletzt auf das Drängen der UVB hin erfolgt.

Vor allem aber muss der Unterricht für die Schüler anwendungsbezogen und praxisnah sein. Dazu können die zahlreichen außerschulischen MINT- Aktivitäten der Hochschulen, Vereine, Stiftungen und Unternehmen in Berlin und Brandenburg maßgeblich beitragen, die in einer Bestandsaufnahme des IP Instituts erfasst wurden. Schulen sollten diese Angebote verbindlich nutzen und zum Beispiel regelmäßig die Schülerlabore der Hochschulen zum Experimentieren besuchen oder gut vor- und nachbereitete Betriebserkundungen in Unternehmen vornehmen. Außerschulischen Angebote können den Schülern praxisnah aufzeigen, dass MINT sehr interessante Perspektiven für sie eröffnet.

Die UVB unterstützt mit eigenen Aktivitäten MINT und nutzt dabei die durch sie mitgetragenen Einrichtungen Partner:Schule-Wirtschaft (P:S/W) in Berlin und das Netzwerk Zukunft e.V. in Brandenburg sowie den Verein MINT-EC, dem 16 Gymnasien mit ausgeprägten MINT- Profilen in Berlin und Brandenburg angehören.

**MINToring:** Studierende begleiten Schüler in ein MINT- Studium

Trotz guter Leistungen in den MINT- Fächern entscheiden sich zu wenig Schüler für ein entsprechendes Studium. Gemeinsam mit der Stiftung der Deutschen Wirtschaft und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung werden nun 31 Schülerinnen und Schüler aus Berlin und Brandenburg durch MINT- Studierende in ein Studium begleitet. Das Programm startete im Herbst mit der Auswahl der Schüler. Die UVB bringt sich neben der Förderung des Programms aktiv bei der Ausgestaltung ein.

**InfoMobil:** Die MINT- Berufe werden Schülern durch das InfoMobil der M+E- Industrie näher gebracht. Das InfoMobil zeigt auf anschauliche Weise interessierten Schülern die Ausbildungsmöglichkeiten in der Metall- und Elektro-Industrie auf. Im Januar wurden so an fünf Unternehmensstandorten rund 200 Schüler informiert. Eine ähnliche Tournee ist für September in Brandenburg geplant.

### **3.2.3 Schulstrukturereform richtig umsetzen**

Mit der geplanten Einführung der Integrierten Sekundarschule steht im kommenden Jahr eine weitreichende Reform in Berlin an. Ein modernes, zweigliedriges Schulsystem mit Integrierten Sekundarschulen und Gymnasien ist der richtige Weg. Allerdings muss das Ziel ein hochwertiger Unterricht sein, damit Schüler gut qualifiziert die Schule absolvieren können. Damit leistet Schule einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung.

Die Senatsverwaltung hat konsequent die Möglichkeit genutzt, die Mittel aus dem Konjunkturpaket II für Baumaßnahmen im Zuge der Schulstrukturreform zu nutzen. Mit der Einführung der Sekundarschulen bietet sich nun eine einmalige Chance für Berlin. Die Sekundarschule wird jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn es ihr gelingt, die sehr heterogene Schülerschaft durch guten Unterricht und mit gezielter individuellen Förderung zu bestmöglichen Abschlüssen zu verhelfen.

Guter Unterricht zeichnet sich nach Überzeugung der UVB dadurch aus, dass er die einzelnen Schüler nach ihren jeweiligen Fähigkeiten fördert, zur Selbständigkeit befähigt und praxisorientiert ist. Gerade die individuelle Förderung stellt eine große Herausforderung für Lehrkräfte dar, nicht zuletzt in Schulen mit einem hohen Anteil von Schülern aus bildungsfernen und nicht deutschsprachigen Milieus. Die Berliner Bildungspolitik muss sich daran messen lassen, inwieweit sie hierfür die entsprechenden Rahmenbedingungen bietet und für eine ausreichende Versorgung mit Lehrernachwuchs sorgt, Unterrichtsausfall vermeidet, kleine Lerngruppen vorsieht und für attraktive und verbindliche Fortbildungsangebote sorgt. Ohne die intensive Unterstützung der Schulleitungen und Lehrkräfte im Reformprozess wird der Umgang mit einer zunehmend heterogenen Schülerschaft und eine individuelle Förderung nicht gelingen – hier muss die Reform daher besonders gut geplant und umgesetzt werden.

Im Dualen Lernen, der Verbindung des schulischen Lernens mit einem außerschulischen Lernort, muss die Studien- und Berufsorientierung an jeder Schule systematisch und verbindlich realisiert werden. Damit wird eine zentrale Forderung der UVB nach mehr Verbindlichkeit und Systematik erfüllt. Das Duale Lernen hat somit das Potenzial, einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung zu leisten. Es wird nunmehr auch hier darum gehen, die Schulen intensiv, zum Beispiel mit entsprechenden Fortbildungsangeboten, bei der Einführung des Dualen Lernens zu unterstützen. Denn auch hier gilt, dass guter Unterricht die Klammer für das Duale Lernen bilden muss. Gymnasien können dies ebenfalls tun, sie dürfen ohnehin im Zuge der Strukturreform nicht vernachlässigt werden.

Die UVB wird die Schulen, beispielsweise im Rahmen ihrer MINT- Initiative, bei der Realisierung des Dualen Lernens unterstützen und hat gemeinsam mit der Senatsverwaltung, den Kammern und dem Verband der freien Berufe ein Internetportal zum Dualen Lernen eingerichtet ([www.duales-lernen.de](http://www.duales-lernen.de)).

### **3.2.4 Bewerberrückgang für Berufsausbildungen**

Im vergangenen Jahr war daher trotz der Auswirkungen der Wirtschaftskrise eine Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt zu verzeichnen. Laut Agentur für Arbeit waren im Berichtsjahr 2008/2009 im Land Berlin 20.843 Bewerber gemeldet, das sind 25% weniger als im Vorjahr. Ihnen standen 14.722 gemeldete Berufsausbildungsstellen gegenüber, das sind 19% weniger als im Vorjahr.

Im Land Brandenburg waren 15.492 Bewerber gemeldet, das sind 26% weniger als im Vorjahr. Ihnen standen 14.660 gemeldete Stellen gegenüber, was ein Minus von 18% bedeutet. Dabei ist der Rückgang bei den gemeldeten Ausbildungsstellen – wie in Berlin- in erster Linie auf reduzierte Plätze in Ausbildungsprogrammen zurückzuführen.

Infolge des Bewerberrückganges wurden die Auswahlmöglichkeiten der Unternehmen geringer und in manchen Regionen Brandenburgs konnten bereits offene Lehrstellen nicht mehr besetzt werden. Daher ist es unerlässlich, unnötige Warteschleifen im Übergangssystem abzubauen und die Weichen für einen Übergang in Ausbildung oder Studium bereits in den Schulen zu stellen. Neben der Forderung nach einer systematischen Studien- und Berufsorientierung in den Schulen setzt sich die UVB daher verstärkt für den Abbau unnötiger Warteschleifen ein. Bislang sind jedoch mit wenigen Ausnahmen die Berufsvorbereitungsmaßnahmen nicht systematisch mit einer anschließenden Ausbildung verbunden – dies muss jedoch vor dem Hintergrund der Fachkräftesicherung erfolgen.

Ein erster Schritt wurde im Bereich der einjährigen Oberschule getan. Gemeinsam mit den Kammern, dem DGB und der Agentur für Arbeit wurden im zurückliegenden September sämtliche Schüler, die sich in der einjährigen Oberschule befinden, über offene Ausbildungsstellen informiert und gezielt für die Nachvermittlungsaktion geworben. Ziel war es dabei, möglichst viele dieser Schüler in eine duale Ausbildung zu bringen. Die Aktivität soll in diesem Jahr wiederholt werden.

### **3.2.5 Der Masterplan „Wissenschaft“**

Die Einführung der neuen Abschlüsse ist an den Hochschulen der Hauptstadtregion weitgehend abgeschlossen. Dieser rasche Umbau schafft Planungssicherheit für Studierende, Absolventen und Unternehmen. Die UVB plädiert dafür, die Chancen der Reform nicht durch organisatorische Unzulänglichkeiten zu vergeben. Denn bereits jetzt sind zwei Ziele erreicht: Die Zahl der Studienabbrecher in den Bachelorstudiengängen ist erheblich gesunken und immer mehr Berufstätige nehmen in Masterstudiengängen ein berufsbegleitendes Hochschulstudium auf. Immer mehr Absolventen mit den neuen Abschlüssen kommen auf den Arbeitsmarkt und verändern damit nachhaltig die Personalbeschaffung und die Personalentwicklung in den Unternehmen. Die UVB informiert und berät hier intensiv die Personalverantwortlichen der regionalen Unternehmen.

Der Masterplan „Wissen schafft Berlins Zukunft“ stärkt den Wissenschaftsstandort Berlin. Juniorprofessuren mit dem Schwerpunkt Lehre, das geplante Berlin Institute of Professional Teaching in Higher Education oder das Tutorenprogramm sind geeignete Instrumente, die Qualität der Lehre substanziell zu verbessern. Ziel muss es sein, die Quote der Studienabbrecher, die um 30 % pendelt, deutlich zu verringern und so die Zahl der Absolventen zu erhöhen. Mit diesen qualitativen Maßnahmen können die bestehenden Studienkapazitäten erheblich besser ausgenutzt werden. Kern der Forschungsoffensive im Rahmen des Masterplans ist die „Einstein-Stiftung“.

Die UVB arbeitet an der stetigen Optimierung der Schnittstelle zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem. Ziel ist es, dass die Systeme flexibler auf die kurzfristigen und langfristigen Anforderungen des Arbeitsmarktes reagieren können, z.B. durch den demographischen Wandel. Auch die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Bildungsbereichen muss verbessert werden. Aus Sicht der UVB wird dies durch eine verstärkte Integration dualer Studienkonzepte in die Lehre und durch einen vereinfachten Hochschulzugang von Berufstätigen ohne Abitur erreicht. Die positive Entwicklung der bbw Hochschule ist dafür ein Beleg.

Wichtiges Instrument an der Schnittstelle zwischen Hochschule und Beschäftigungssystem ist der Career Service. Die hochschuleigenen Career Center vermitteln die notwendigen Schlüsselqualifikationen und bereiten so auf den Berufseinstieg oder die Selbstständigkeit vor. Darüber hinaus sind sie erste Ansprechpartner für Unternehmen, die Studierende, Diplomanden oder Absolventen suchen. Die UVB koordiniert die regionale Arbeitsgemeinschaft der Career Center. In Kürze erscheint die neue Broschüre „Career Service in Berlin und Brandenburg“.

### **3.2.6 Betriebliche Weiterbildung ausbauen**

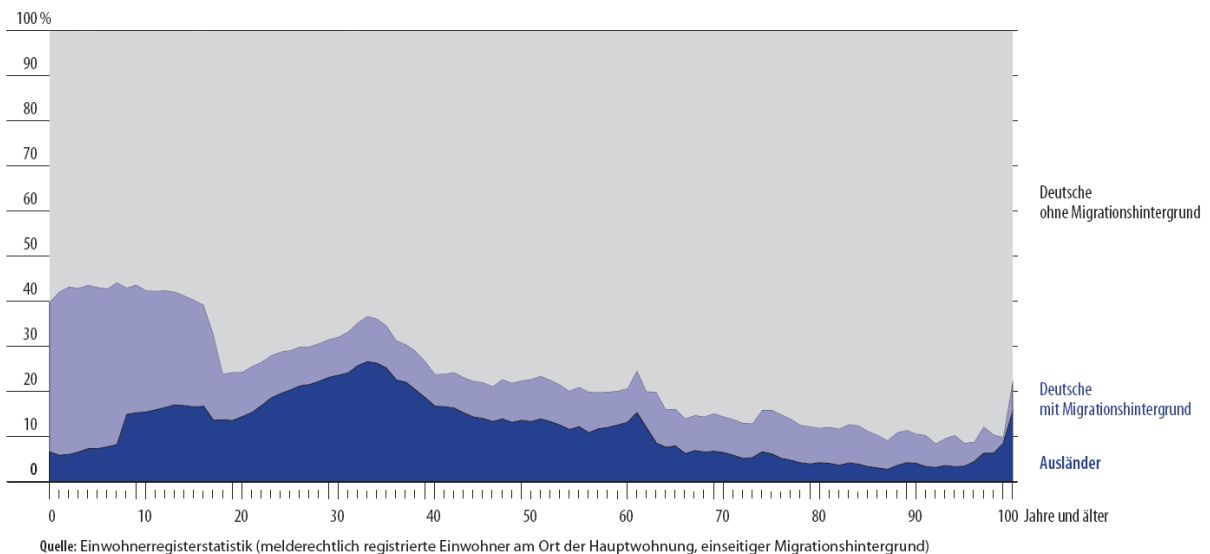
Die Möglichkeiten der betrieblichen Weiterbildung von Beschäftigten als Methode zur vorbeugenden Fachkräftesicherung werden noch nicht im nötigen Umfang erkannt und angewendet. Langjährig beschäftigte hochqualifizierte Facharbeiter, Techniker und Meister können mit den entsprechenden Zusatzqualifikationen Lücken füllen, die durch Ingenieure nicht abzudecken sind. Auch am unteren Ende des Qualifikationsniveaus können gerade auch junge Menschen, die nur über Teilqualifikationen verfügen und keinen qualifizierten Berufsabschluss geschafft haben, mit entsprechenden Einarbeitungsprogrammen, anspruchsvolle und gut bezahlte Tätigkeiten ausüben und so einen Einstieg in einen Beruf finden. In den kommenden Jahren werden die einzelnen Arbeitgeberverbände, aber auch die Länder Berlin und Brandenburg Betriebe bei dem Ausbau der betrieblichen Weiterbildung unterstützen.

### **3.2.7 Potentiale von Integration und Zuwanderung nutzen**

Eine bessere Erschließung der Qualifikationen von Menschen mit Migrationshintergrund, der Ausbau ihrer Beschäftigungsfähigkeit und ihre Einmündung in Ausbildung oder Beschäftigung kann in Berlin einen wichtigen Beitrag zu ihrer sozial- und gesellschaftspolitischen Integration und langfristig auch zur Fachkräftesicherung leisten. 25,7% der Berliner haben einen Migrationshintergrund, bei den unter 15jährigen beträgt der Anteil sogar 42,7%. Langfristig kann in Brandenburg eine gezielte Zuwanderung Arbeitskräftedefizite in den östlichen peripheren Regionen ausgleichen.

Integration und Zuwanderung als Bausteine zur Fachkräftesicherung in Berlin und Brandenburg lassen sich in Aktivitätsfelder weiter differenzieren, die wiederum konkrete Projekte beinhalten können. Beiträge zur Integration können unter anderem gezielte Aktivitäten für Menschen mit Migrationshintergrund leisten in den Bereichen (Erweiterung der) Sprachkompetenz, Berufs- und Studienorientierung, Berufsvorbereitung, Vermittlung von Arbeitsplätzen, Berufsausbildung, Arbeitsgelegenheiten, Qualifizierung und Vermittlung von Arbeitsplätzen, Auswahl und Vermittlung (von Fachkräften), (Betriebliche) Weiterbildung, Diversity Management sowie der Förderung von Unternehmensgründungen. Im Bereich der Zuwanderung gilt dies exemplarisch für die Auswahl und Vermittlung (von Fachkräften) und Klärung von Rechtsfragen (u.a. Aufenthaltserlaubnis und Arbeitsgenehmigung, Anerkennung beruflicher Zeugnisse und Qualifikationen). Zusätzlich kann ein Handlungsfelder übergreifender verantwortungsvoller öffentlicher Diskurs einen wichtigen Integrationsbeitrag leisten.

Einwohner in Berlin am 31.12.2007 nach Alter und Migrationsstatus in % je Altersjahr



Um die Potenziale von Integration und Zuwanderung für die Fachkräftesicherung in Berlin und Brandenburg effektiv zu entfalten, haben die UVB, die Politik, die Regionaldirektion der Bundesagentur und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge einen strukturierten Prozess gestartet, mit dem bestehende Ansätze in den Handlungsfeldern entlang der Zielgruppen strukturiert werden sowie Weiterentwicklungspotenziale und Möglichkeiten zum Schließen aussichtsreicher Handlungslücken aufgezeigt werden. Dies beinhaltet auch eine Überprüfung bzw. Erschließung möglicher Finanzierungsquellen. Grundsätzliches Leitbild soll dabei sein, Potenziale aktiv möglichst früh zu entfalten und Aktivitäten nicht als nachgelagerte „Reparaturwerkstatt“ durchzuführen.

### 3.3 Sozialpolitische Bausteine einer demographiefesten Personalpolitik

Ein wesentlicher Baustein der Fachkräftestrategie der UVB ist es, die Unternehmen in Berlin und Brandenburg in ihrem Bemühen um eine demographiefeste Personalpolitik zu unterstützen. Tragende Säulen einer derartigen Personalpolitik sind das Betriebliche Gesundheitsmanagement sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

#### 3.3.1 Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit durch Betriebliches Gesundheitsmanagement

Das Betriebliche Gesundheitsmanagement setzt auf der einen Seite auf die Verantwortung des Arbeitgebers für die Gestaltung von Arbeitsbedingungen mit dem Ziel, arbeitsbedingte Verletzungen oder Erkrankungen möglichst von vornherein auszuschließen. Auf der anderen Seite sollen die Mitarbeiter durch Maßnahmen der Betrieblichen Gesundheitsförderung, wie zum Beispiel Rückenschule, Seminare zur Stressbewältigung oder Rauchentwöhnungskurse dazu motiviert und ertüchtigt werden, selbst einen Beitrag zum dauerhaften Erhalt ihrer Gesundheit und damit ihrer Beschäftigungsfähigkeit zu leisten.

Die UVB ist vor diesem Hintergrund gemeinsam mit den Kammern, dem DGB Berlin-Brandenburg sowie der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz Träger der Berliner Initiative für Gesunde Arbeit (BIGA)

geworden, die im Jahr 2009 ihre Tätigkeit aufgenommen hat. BIGA bietet Plattform und Netzwerk für Institutionen, die in ihrem Wirkungskreis einen Beitrag für Betriebliches Gesundheitsmanagement leisten wollen und wendet sich damit auch an die Mitgliedsverbände der UVB.

Als gelungene Beispiele für die insgesamt 14 BIGA-Beiträge, die im Jahr 2009 realisiert wurden, sind Initiativen der Gebäudereiniger-Innung Berlin und des Handelsverbandes Berlin-Brandenburg zu nennen, die jeweils gemeinsam mit der AOK Berlin einen Selbstcheck entwickelt haben, der auf die besonderen Herausforderungen der Branche ausgerichtet ist und es den Unternehmen per CD-Rom ermöglicht, den Ist-Status der aktuellen gesundheitlichen Situation innerhalb des eigenen Betriebes zu ermitteln, diesen mit den Ergebnissen aus der Branche zu vergleichen und aus den Ergebnissen Handlungen zur Optimierung der Gesundheit der Beschäftigten abzuleiten.

### **3.3.2 Qualifizierte Frauen durch familiengerechte Arbeit gewinnen und binden**

Teil einer demographiefesten Personalpolitik muss auch die familiengerechte Gestaltung von Arbeitsbedingungen sein. Auch wenn der Beitrag der Väter zur Kindererziehung seit Jahren kontinuierlich wächst, geht es auf diesem Handlungsfeld nach wie vor vor allem darum, die Erwerbsbeteiligung von Frauen in qualifizierten Tätigkeiten zu verbessern.

Ähnlich wie beim Betrieblichen Gesundheitsmanagement sieht die UVB ihre Aufgabe auch beim Thema Vereinbarkeit darin, das Bewusstsein der Unternehmen für den Zusammenhang zwischen familiengerechter Arbeit und Fachkräftesituation zu schärfen. Bei der konkreten Umsetzung auf betrieblicher Ebene erfolgt die Unterstützung in erster Linie durch die Fachverbände sowie durch Netzwerkpartner.

Im November 2009 hat die UVB eine Fachtagung zum Thema ‚Vereinbarkeit von Beruf und Familie als Baustein einer demographiefesten Personalpolitik‘ ausgerichtet. Über 50 Unternehmensvertreter aus verschiedenen Wirtschaftszweigen nutzten die Gelegenheit, sich über die betriebliche Praxis, vorhandenen Netzwerke sowie externe Unterstützungsangebote zu informieren und auszutauschen.

Wesentliche Ergebnisse dieser Fachtagung waren zum einen, dass die Unternehmen ihr Engagement zunehmend auch auf die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege von Angehörigen richten müssen. Zum anderen waren sich die Unternehmensvertreter darüber einig, dass Vereinbarkeitsfragen stets anhand der konkreten betrieblichen Situation und deshalb auch auf betrieblicher Ebene zu lösen sind. Gesetzliche oder tarifvertragliche Regelungen werden der jeweiligen betrieblichen Situation demgegenüber kaum gerecht werden können. Die UVB wird die Ergebnisse der Fachtagung in ihre Arbeit im Jahr 2010 einfließen lassen.

## **3.4 Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg**

### **3.4.1 Begrenzung regionaler Gesundheitskosten bleibt wichtig**

Die UVB setzt sich auch unter den Bedingungen des Gesundheitsfonds für eine Begrenzung der regionalen Gesundheitskosten ein. Der Umstand, dass steigende Gesundheitskosten zunächst über Zusatzbeiträge der Versicherten finanziert werden,

verstellt gelegentlich den Blick dafür, dass ein Engagement der Arbeitgeber für eine Begrenzung von Gesundheitskosten weiterhin wichtig ist.

Zum einen haben die Arbeitgeber kein Interesse daran, dass ihre Mitarbeiter mit vermeidbaren Zusatzbeiträgen belastet werden, denn diese Belastung widerspricht der UVB-Forderung nach ‚mehr Netto vom Brutto‘ und erhöht den Lohndruck auf die Unternehmen. Zum anderen ist der aktuelle allgemeine Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung von 14,0 % keinesfalls ‚in Stein gemeißelt‘, sondern nur solange gültig, wie die Einnahmen des Gesundheitsfonds mindestens 95 % der Kassenausgaben decken. In seiner aktuellen Schätzung hat der Schätzerkreis der Bundesregierung diesbezüglich einen Deckungsgrad von 95,8 % ermittelt; wir befinden uns damit bereits in bedrohlicher Nähe zur 95 %-Grenze. Es bedarf deshalb gemeinsamer Anstrengungen in allen Bundesländern, um ein weiteres Ansteigen der Gesundheitskosten zu verhindern bzw. zu verlangsamen.

Ein Resultat des Engagements der UVB auf diesem Handlungsfeld ist die Fusion zur AOK Berlin-Brandenburg zum 1. Januar 2010. Ein weiterer Schwerpunkt liegt bei den Berliner Krankenhauskosten.

### **3.4.2 Start der AOK Berlin-Brandenburg zum 1. Januar 2010**

Zum 01. Januar 2010 hat die fusionierte AOK Berlin-Brandenburg ihre Tätigkeit aufgenommen. Der Fusionsprozess, der innerhalb von 6 Monaten und damit in Rekordzeit abgeschlossen werden konnte, wurde von den Verwaltungsräten beider Kassen initiiert. Die UVB hat als sogenannter Listenführer die Verwaltungsratsmitglieder auf Arbeitgeberseite sowohl in den früheren beiden Kassen als auch in der nunmehr entstandenen AOK Berlin-Brandenburg benannt.

Neben der Reduzierung von Verwaltungskosten durch einen Abbau von Doppelstrukturen wird es der fusionierten Kasse insbesondere aufgrund ihrer Marktmacht besser gelingen, Gesundheitskosten zu begrenzen und dadurch Belastungen für die Versicherten und mittelbar auch für die Unternehmen zu vermeiden. Auch wird die AOK in der Lage sein, Gesundheitsleistungen im übertversorgten Berlin und dem in den Randregionen unterversorgten Land Brandenburg besser als bisher miteinander zu verzahnen. Im Jahr 2010 wird die AOK Berlin-Brandenburg keinen Zusatzbeitrag erheben müssen.

### **3.4.3 Krankenhausplanung 2010 bis 2015 für Strukturveränderungen nutzen**

Die Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz erarbeitet zur Zeit einen Berliner Krankenhausplan 2010 bis 2015. Der Plan sollte eigentlich bereits zum Ende des Jahres 2009 verabschiedet werden, die Planung wurde jedoch von einer Diskussion der beteiligten Senatsverwaltungen (Gesundheit, Wissenschaft und Finanzen) über die Krankenhausversorgung im Berliner Südwesten überlagert.

Diese Diskussion, die letztlich nicht nur den Südwesten, sondern die Struktur der Berliner Hochschulmedizin insgesamt betrifft, wird in einem Spannungsfeld geführt, dessen Grenzen wie folgt beschrieben sind:

- Die Krankenhausplanung soll eine sichere und hochwertige Krankenhausversorgung der Berliner Bevölkerung und, was die

Hochleistungsmedizin betrifft auch des Landes Brandenburg sicherstellen; zuständig ist die Senatsverwaltung für Gesundheit. Finanziert wird die Krankenhausversorgung (der laufende Krankenhausbetrieb) durch die Krankenkassen.

- Sowohl bei den Plankrankenhäusern als auch bei den Universitätskliniken gibt es einen Investitionsstau von zur Zeit ca. 850 Millionen Euro. Das Land Berlin, das im Rahmen der dualen Krankenhausfinanzierung für die Investitionsfinanzierung zuständig ist, musste seine jährlichen Zuwendungen seit 1995 von 400 Millionen Euro auf unter 100 Millionen Euro zurückfahren.
- Die Charité, die in der Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg die Rolle des Motors auch für Unternehmen aus den Bereichen Pharma, Medizintechnik und Biotechnologie einnehmen soll, hat aufgrund ihrer vielen Standorte überdurchschnittlich hohe Infrastrukturkosten und ist darüber hinaus innerhalb der Krankenhausplanung stark in die Grund- und Regelversorgung eingebunden.

Die UVB, die als Mitglied im Krankenhausbeirat an der Krankenhausplanung mitwirkt, hat ihre Position im Jahr 2009 in einem Briefwechsel mit Senatorin Lompscher zum Ausdruck gebracht und sich nunmehr auch in die öffentliche Diskussion zur Krankenhausplanung eingeschaltet. Die UVB-Position lautet zusammengefasst:

- Der im vorliegenden Entwurf für einen Krankenhausplan vorgesehene Aufbau von ca. 550 Krankenhausbetten geht in die falsche Richtung; verschiedene unabhängige Gutachten sagen für Berlin bis zum Jahr 2020 Überkapazitäten an Krankenhausbetten von bis zu 26 % voraus; die Krankenhausplanung muss dies berücksichtigen.
- Die Krankenhausplanung darf sich nicht auf die Erfüllung des Versorgungsauftrags beschränken, sondern muss die notwendigen Strukturentscheidungen treffen, um einen Kollaps des Systems der Investitionsfinanzierung zu verhindern; anstatt am (nicht finanzierbaren) Status Quo festzuhalten, muss die Krankenhausplanung auch über die Schließung von Krankenhausstandorten oder Abteilungen nachdenken, um so zu einer Konzentration der vorhandenen Investitionsmittel auf die verbleibenden Standorte zu gelangen.
- Für die Charité ist aus den oben genannten Gründen eine Standortkonzentration zu prüfen. Darüber hinaus muss sich die Charité stärker auf die Hochleistungsmedizin beschränken. Aufgaben der Grund- und Regelversorgung können in Plankrankenhäusern genauso gut, aber wesentlich kostengünstiger erledigt werden.

### **3.5 Mobilitätsregion Berlin-Brandenburg**

Der Infrastrukturausstattung kommt hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklungsfähigkeit eine herausragende Bedeutung zu. Eine arbeitsteilig organisierte Wirtschaft benötigt leistungsfähige Verkehrsinfrastrukturen für eine effiziente Mobilität von Menschen und Gütern. Es gilt nach wie vor der Leitsatz: Die Wirtschaft folgt der Infrastruktur.

### 3.5.1 Weiterbau der A 100 erforderlich

Das Zusammenwachsen des Straßenverkehrsnetzes ist insbesondere im südöstlichen Bereich Berlins noch nicht erfolgt. In den Bezirken Neukölln und Treptow gibt es natürliche Gegebenheiten der Spree und der Ost-West-Schienenwege, welche die Durchlässigkeit des Straßenverkehrs erheblich behindern.

Dieses Nadelöhr führt zu zahlreichen Umwegverkehren mit der Folge von Belastungen für Innenstadtgebiete mit Durchgangsverkehr. Abhilfe kann die Verlängerung der A 100 durch eine Bündelung des Verkehrs vom Dreieck Neukölln über Treptower Park bis zur Frankfurter Allee schaffen.

Die Verlängerung der A100 teilt sich in zwei Teilstücke – dem 16. Bauabschnitt vom Dreieck Neukölln – Treptower Park und dem 17. Teilstück vom Treptower Park – Frankfurter Allee auf. Das 16. Teilstück ist Teil des „Vordringlichen Bedarfs“ des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) und damit bereits ausfinanziert. Das 17. Teilstück ist Teil des „Weiteren Bedarfs“ des BVWP und könnte im nächsten BVWP in den „Vordringlichen Bedarf“ aufrücken.

Die Kosten für den 16. Bauabschnitt belaufen sich insbesondere wegen hoher Umweltschutzaufgaben auf 430 Mio. Euro. Diese Mittel werden vom Bund getragen – Kosten für das Land Berlin entstehen nicht. Lediglich die Planungsvorbereitungsarbeiten und evtl. erforderliche Straßenanbindungen fallen in den Bereich des Berliner Haushalts.

Mit dem Bau könnte 2011 begonnen werden, die Fertigstellung ist für 2017 vorgesehen. 2,2 km der insgesamt 3,2 km langen Strecke verlaufen in einem bis zu sieben Meter tiefen schallabsorbierenden Trog, weitere 385 Meter in einem Tunnel. Lediglich vier Mehrfamilienhäuser müssten dem Bau weichen. Die verbleibende Strecke wird durch einen sechs Meter hohen Lärmschutzwall geschützt. Die Planung genügt damit höchsten Anforderungen an Umwelt- und Anwohnerschutz. Die Auslegung der Planfeststellungsunterlagen ist im März 2009 erfolgt. Der eigentliche Planfeststellungsbeschluss wird Mitte 2010 erwartet.

Die Fraktionen der Regierungskoalition haben Ende November 2009 im Berliner Abgeordnetenhaus 3,1 Mio. Euro an Planungsmitteln für die Verlängerung der Autobahn von Neukölln nach Treptow bis zum Vorliegen einer aktualisierten Verkehrsprognose im Frühjahr 2010 im Haushalt gesperrt (sog. „qualifizierte Sperre“). Dies hat zunächst noch keine unmittelbaren Auswirkungen auf das Planfeststellungsverfahren. Bleibt die Haushaltssperre, fehlen die Mittel für die Detailplanung im Laufe des kommenden Jahres. Nach der Planfeststellung droht eine Verzögerung des Baubeginns.

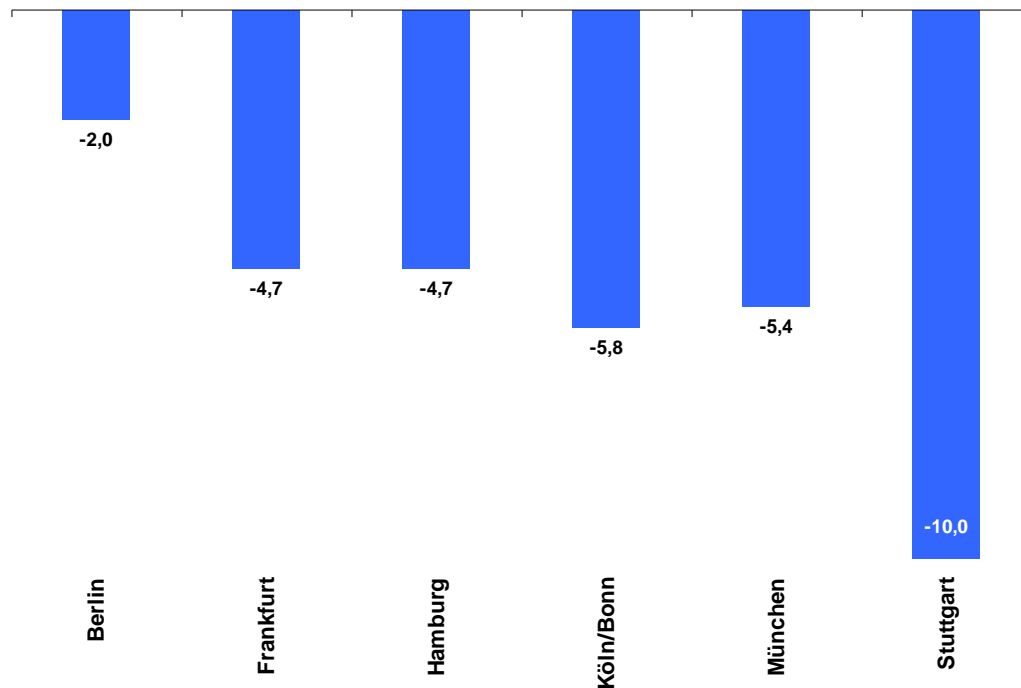
Aus UVB-Sicht ist der Bau der A 100 alternativlos. Die kompletten Investitionskosten – 430 Mio. Euro entsprechen 2/3 des Konjunkturpaketes II – werden vom Bund übernommen. Anwohner und die betroffenen Bezirke werden vom Durchgangsverkehr entlastet – insbesondere wenn auch das 17. Teilstück in Angriff genommen wird. Diese Investitionsmittel gehen ohne den Bau der A 100 verloren. Die Überlegungen einiger Politiker, die 430 Mio. Euro Investitionsmittel für andere Bauvorhaben, wie z.B. für den Bau eines Bahntunnels durch Lichtenrade zu

verwenden, ist nicht möglich. Gelder des Bundesverkehrswegeplans sind zweckgebunden und daher ist deren nachträgliche Umwidmung nicht möglich.

### 3.5.2 Flughafen BBI gut vorangekommen

Der BBI ist nach wie vor das wichtigste Infrastrukturvorhaben der Region. Die Bauarbeiten zum Projekt liegen nach wie vor im Zeitplan, so dass der BBI 2011 in Betrieb gehen kann.

#### Entwicklung der Fluggastzahlen im Jahr 2009



Quelle: ADV

Ende Juli 2009 wurde der erste Rohbauabschnitt der unterirdischen Bahnanlagen am BBI termingerecht an die Deutsche Bahn AG (DB) übergeben. Damit wurden 1,3 Kilometer von insgesamt 3,2 Kilometern Bahnhof / Tunnelanlagen im Rohbau fertiggestellt. Die DB hat inzwischen mit den Arbeiten zum Innenausbau und zur bahntechnischen Ausrüstung begonnen. Auch der Terminalbau schreitet voran. Ende August 2009 konnten die Betonarbeiten der Haupthalle des Terminals abgeschlossen werden. Danach ist mit den Arbeiten des Terminalhallendaches begonnen worden. Richtfest für das Terminal wird im Frühjahr 2010 sein. Darüber hinaus sind die Rohbauarbeiten am Low-Cost-Pier (Pier Nord) bereits abgeschlossen und die Rohbauarbeiten am Pier Süd (715 Meter lang) schreiten voran.

Ein Erfolg ist auch die Beteiligung der Wirtschaft aus der Region am Bau des BBI. Bisher gingen rund 1 Mrd. Euro der insgesamt vergebenen Aufträge in Höhe von 1,6 Mrd. Euro an Unternehmen aus der Region, entsprechend einem wertmäßigen Anteil von 62%. Der Baufortschritt und die Beteiligung der regionalen Wirtschaft bei der Vergabe der Bauleistungen beim BBI standen auch im Mittelpunkt einer gemeinsamen Pressekonferenz „Alle Kapazitäten des neuen Flughafens BBI nutzen“ von UVB, IHK Cottbus und IHK Berlin anlässlich 1.000 Tage BBI-Baustelle am 27. Mai 2009. Damit ist der BBI gleichzeitig auch ein großes über mehrere Jahre angelegtes Konjunkturpaket für Berlin und Brandenburg. Die hohe Beteiligung der

regionalen Bauwirtschaft im Zuge der Bauarbeiten zum BBI ist dabei aus UVB-Sicht – auch wirtschaftspolitisch – von besonderer Bedeutung. Denn vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise wirken die vielen Aufträge an Unternehmen in der Region stabilisierend.

Während die straßenseitige Anbindung des BBI mit der Fertigstellung der A113 und weiterer Straßenbauprojekte hervorragend ist, bereitet die Bahnanbindung des BBI weiterhin Probleme. Die wichtigste und schnellste Anbindung über die sogenannte Dresdner Bahn durch Lichtenrade wird vor 2015 nicht zur Verfügung stehen. Bisher ist noch nicht einmal absehbar, wann der dafür erforderliche Planfeststellungsbeschluss vorliegen wird.

Daher wird über eine Übergangszeit von mehreren Jahren neben dem S-Bahn-Verkehr ein Airport Express über die westliche Route, sogenannte Anhalter Bahn, verkehren. Für eine leistungsfähige Bahnanbindung für die Übergangszeit ist aus UVB-Sicht vor dem Hintergrund der ohnehin schon längeren Fahrzeiten von ca. 30 Minuten ein Zugverkehr im 20-Minuten-Takt erforderlich.

Für eine Anbindung des BBI über die östliche Route über die sogenannte Görlitzer Bahn ist mit dem kürzlich ergangenen Planfeststellungsbeschluss eine notwendige Voraussetzung geschaffen worden. Dennoch wird die östliche Anbindung bei der Inbetriebnahme des BBI nicht zur Verfügung stehen. Bis zu der Fertigstellung der östlichen Anbindung wird der unterirdische BBI-Bahnhof daher nur als Kopfbahnhof fungieren können.

Ende Oktober 2009 ist die Nachtflugregelung durch die brandenburgische Luftverkehrsbehörde veröffentlicht worden. Nach der Entscheidung ist ein eingeschränkter Flugbetrieb von 5.30 Uhr – 6.00 Uhr sowie von 22.00 Uhr – 23.30 Uhr möglich. Aus Sicht der UVB wird diese Regelung mittelfristig als Wachstumsbremse für den BBI wirken. Nach den Erfahrungen der Branche wächst der Flugverkehr durchschnittlich um jährlich 5%. In Berlin lag das Wachstum in den vergangenen Jahren noch deutlich höher. Daher wird die Nachtflugregelung die wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit des BBI mittelfristig begrenzen, weil die Ausweitung des Flugangebots durch die Beschränkungen mit der weiterhin steigenden Nachfrage nicht mehr Schritt halten kann.

### **3.5.3 Nachnutzung des Flughafens Tegel als Industriefläche**

Mit der Inbetriebnahme des BBI wird der Flughafen Tegel geschlossen werden. In Berlin werden gegenwärtig verschiedene Nachnutzungskonzepte diskutiert und entwickelt. Im Rahmen dieser Beratungen hat sich die UVB beständig dafür eingesetzt, große zusammenhängende Flächen des Geländes für die Ansiedlung von Industrie und Gewerbe vorzuhalten. Nach Auffassung der UVB sind bestehende Industrie- und Gewerbeflächen in Berlin häufig zu klein oder unzureichend erschlossen. Mit Tegel verfügt die Stadt dagegen über eine große zusammenhängende Fläche, die hervorragend angebunden ist. Der Regierende Bürgermeister hat Ende 2009 begrüßenswerter Weise erklärt, der Flughafen Tegel solle im Dialog mit Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften nach seiner Schließung als „Standort für Technologie, Kreativität und Industrie“ entwickelt werden.

### **3.6 Energiepolitik für Berlin-Brandenburg**

Die UVB setzt sich für einen Mix aus fossilen Energieträgern und Erneuerbaren Energien ein. Die Erneuerbaren Energien und die Green Economy beinhalten große Chancen, zugleich benötigen große Teile der produzierenden Wirtschaft vor allem wettbewerbsfähige Preise und Versorgungssicherheit .

Mit der Braunkohle verfügt das Energieexportland Brandenburg dabei über einen subventionsfreien Energieträger, auf den nicht verzichtet werden kann. Bis Erneuerbare Energien die Energieversorgung zu wirtschaftlichen Konditionen vollständig sichern können, ist aus UVB-Sicht die Braunkohleverstromung in Brandenburg alternativlos.

Im Bereich des Ausbaus der Erneuerbaren Energien hält die Region im Bereich der Photovoltaik bundesweit einen Spitzenplatz. Darüber hinaus verfügt das Flächenland Brandenburg über einen hohen Anteil an Windenergie. Hier liegt eine Chance für das Land, sich mit Energietechnik „made in Brandenburg“ auf den internationalen Märkten zu positionieren und etablieren.

Eine der Hauptaufgaben in den kommenden Jahren wird der Ausbau der Stromnetze sein. Dieser Ausbau ist eine notwendige Voraussetzung für den Aufbau der Windenergieparks in Ost- und Nordsee. Denn der dort gewonnene Strom muss von den Erzeugerstandorten hin zu den großen Verbrauchern im Westen und Süden Deutschlands durchgeleitet werden.

Da insbesondere in Ostdeutschland die Netzkosten bereits besonders hoch sind, muss aus Sicht der UVB dieser Ausbau der Stromnetze mit einem Verteilungsschlüssel auf alle Bundesländer umgelegt werden. Nach gegenwärtiger Lage kommen die Regionen, in welchen der Ausbau erfolgt, für die Ausbaukosten auf. Da hier in erster Linie Strom nur durchgeleitet wird, muss eine Lösung gefunden werden, die auch die Empfängerländer des Stroms angemessen beteiligt.

Um diese Beteiligung zu erhalten, muss der Ausbau der Stromnetze wirtschaftlich erfolgen. Der flächendeckende Ausbau der Stromnetze in unterirdischer Verlegung ist zu teuer und sollte daher auf wenige Bereiche beschränkt werden. Diese Art des Stromnetzausbaus erhöht die Kosten ca. um das Dreifache gegenüber Hochleitungen. Im Ergebnis würde die flächendeckende unterirdische Verlegung die ohnehin schon hohen Netzkosten noch einmal deutlich erhöhen.

#### **3.6.1 Solarenergie – maßvolle Absenkung der EE-Fördersätze**

Die Bundesregierung hat beschlossen die Erneuerbare Energien-Gesetz-Förderung (EEG) für Photovoltaik ab April 2010 um 16% zu reduzieren. Bereits zum Jahresbeginn 2010 ist die EEG-Förderung um 9% zurückgeführt worden. Ziel der erneuten Absenkung ist es, die EE-Fördersätze an die Preisentwicklung der Solarmodule anzupassen, deren Preise im vergangenen Jahr um ca. 30% eingebrochen waren.

Diese erneute Absenkung der Fördersätze innerhalb kürzester Zeit trifft die Solarindustrie und Solarzulieferindustrie in der Region zum Teil unvorbereitet. Diese hat in den zurückliegenden Jahren in Berlin-Brandenburg an Bedeutung gewonnen

und konnte eine dynamische Entwicklung verzeichnen. Durch zahlreiche Ansiedlungserfolge seit 2006 finden mittlerweile über 3.700 Menschen in der Branche Beschäftigung.

Eine maßvolle Absenkung der EE-Fördersätze aufgrund des technischen Fortschritts im Zeitablauf war zu erwarten und ist im Erneuerbare Energiegesetz vorgesehen. Dies soll die Angleichung der Fördersätze an die Modulpreise ermöglichen. Zugleich benötigen in einem forschungs- und technologieintensiven Gebiet wie der Photovoltaik die Unternehmen vor allem Planungssicherheit, um hohe Investitionskosten refinanzieren zu können. Die erneute Absenkung der Förderung um 16%, nachdem die Fördersätze bereits zum Jahresbeginn um 9% gesenkt wurden, droht die betroffenen Betriebe zu überfordern. Dies muss auch vor dem Hintergrund gesehen werden, dass dies Auswirkungen auf viele Arbeitsplätze auch bei Zulieferbetrieben haben kann.

### **3.6.2 CCS-Technologie Chance für Region**

Die CCS-Technologie (Carbon Capture and Storage) ist exemplarisch für viele industriepolitische Diskussionen in Deutschland: Im Mittelpunkt öffentlicher und politischer Diskussionen stehen einmal mehr die Risiken und weniger die Chancen einer neuen Technologie. Worin bestehen die Risiken und Chancen?

Der weltweite Energiebedarf wird nach Expertenschätzungen bis 2030 um ca. 50% zunehmen. Damit einhergehend wird auch die Nutzung fossiler Brennstoffträger – insbesondere Kohle – vor allem in den Ländern Indien und China zunehmen. Ohne eine Technologie, die den CO<sub>2</sub>-Eintrag in die Atmosphäre vermeidet, wird der weltweite CO<sub>2</sub>-Ausstoß daher zunehmen. Eine dieser Technologien ist die CCS-Technologie, die unter anderem in Brandenburg in errichteten Pilotanlagen entwickelt und getestet wird.

Auch deswegen ist das Thema CCS von großer Bedeutung. Denn mit der Technologie zur Abscheidung und Speicherung von CO<sub>2</sub> hat Brandenburg die Chance, den Kohlendioxid ausstoß bei der Braunkohleverstromung deutlich zu verringern. Gleichzeitig kann das Land bei Technologien zur klimaschonenden Nutzung der Braunkohle international eine Vorreiterrolle einnehmen und im Land entwickeltes Know-How auf den Energietechnikmärkten international vermarkten. Vor diesem Hintergrund bietet CCS – international gesehen – eine große Chance.

Im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stehen hingegen, auch in der Region, die Risiken von CCS. Dabei geht es insbesondere um Fragen der sicheren und langfristigen Einlagerung des abgeschiedenen CO<sub>2</sub>. So scheiterte bislang ein CCS-Gesetz als Voraussetzung und Regelung des Betriebs von Anlagen am Widerstand einiger Bundesländer im Bundesrat. Im Ergebnis lässt sich festhalten, dass auch bei CCS die national motivierte Debatte um sichere Einlagerung von abgeschiedenem CO<sub>2</sub> in Deutschland die Chancen der in Deutschland entwickelten Technologie dominiert und deren Entwicklungsmöglichkeiten auf den internationalen Märkten teilweise blockiert. Die UVB begrüßt daher die inzwischen in die Diskussion gebrachte Initiative für ein Vorschaltgesetz, bis das Bundesgesetzgebungsverfahren zum Abschluss geführt wird. Dieses muss schnell in Kraft gesetzt werden, um die Voraussetzungen für eine Erprobung der Technologie in Brandenburg zu schaffen.